

## Sozialpolitische Nettoausgaben im internationalen Vergleich Bestimmungsfaktoren und Wirkungen

### Einleitung

Seit der ersten Publikation Mitte der 1990er Jahre diente die Social Expenditure Database der OECD als eine der wichtigsten Datenquelle für die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung. Diese Daten liefern umfangreiche Informationen zu den (programmspezifischen) öffentlichen Bruttoausgaben der Mitgliedsländer, die bis in das Jahr 1980 zurückreichen. Der Fokus auf öffentliche Bruttoausgaben bedeutete allerdings, dass die verzerrenden Effekte des Steuersystems ebenso unberücksichtigt blieben wie die privaten Pflichtleistungen (mandated provision) und freiwillig erbrachte private Sozialleistungen.

Immer wieder wurde daher kritisiert, dass die öffentlichen Bruttoausgaben das tatsächliche sozialpolitische Ausgabenvolumen eines Landes nicht adäquat abbilden. Fast ebenso alt wie die Social Expenditure Database sind daher Versuche, die privaten sowie die um die Effekte des Steuersystems bereinigten Nettoausgaben zu schätzen. Maßgebliche Studien dazu stammen vor allem von Experten der OECD rund um Willem Adema. Während die privaten Sozialausgaben mittlerweile routinemäßig in der Social Expenditure Database für alle OECD-Mitgliedstaaten ausgewiesen werden (OECD 2007), blieben Schätzungen der Nettoausgaben lange Zeit auf eine Handvoll Länder beschränkt. Seit 2005 liegen nun entsprechende Daten für 23 Mitgliedsländer vor (Adema/Ladaique 2005). Im Vergleich zu den Bruttoausgaben ergeben sich bei der Betrachtung des sozialpolitischen Nettouffwands beträchtliche Veränderungen im internationalen sozialpolitischen Ausgabenranking, die zwei Fragen aufwerfen: Zum einen muss aus theoretischer Sicht angesichts dieser Verschiebungen gefragt werden, inwieweit die klassischen Sozialstaatstheorien noch Gültigkeit zur Erklärung der internationalen Variation der Nettoausgabenniveaus besitzen. Zum anderen stellt sich die für die sozialpolitische Praxis relevante Frage, inwieweit sich die unterschiedlichen Ausgabenkate-

gorien zu schätzen. Maßgebliche Studien dazu stammen vor allem von Experten der OECD rund um Willem Adema. Während die privaten Sozialausgaben mittlerweile routinemäßig in der Social Expenditure Database für alle OECD-Mitgliedstaaten ausgewiesen werden (OECD 2007), blieben Schätzungen der Nettoausgaben lange Zeit auf eine Handvoll Länder beschränkt. Seit 2005 liegen nun entsprechende Daten für 23 Mitgliedsländer vor (Adema/Ladaique 2005). Im Vergleich zu den Bruttoausgaben ergeben sich bei der Betrachtung des sozialpolitischen Nettouffwands beträchtliche Veränderungen im internationalen sozialpolitischen Ausgabenranking, die zwei Fragen aufwerfen: Zum einen muss aus theoretischer Sicht angesichts dieser Verschiebungen gefragt werden, inwieweit die klassischen Sozialstaatstheorien noch Gültigkeit zur Erklärung der internationalen Variation der Nettoausgabenniveaus besitzen. Zum anderen stellt sich die für die sozialpolitische Praxis relevante Frage, inwieweit sich die unterschiedlichen Ausgabenkate-

### Editorial

**Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung im internationalen Vergleich – ein zentrales Thema in den Arbeiten des Zentrums für Sozialpolitik**

Einen besonderen Schwerpunkt auf internationale Analysen legt die Abteilung „Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates“. Herbert Obinger, seit Ende 2006 – neben Stephan Leibfried – Leiter dieser Abteilung und Leiter eines Projekts im Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597) sowie Julia Moser und Peter Starke, beide Mitglieder des Sfb, stellen einen Teil dieser Arbeiten vor. Sie sind zugleich Indiz für die enge Vernetzung des ZeS im sozialwissenschaftlichen Forschungsverbund der Universität Bremen.

Sozialpolitische Nettoausgaben im internationalen Vergleich sind Gegenstand von Obingers Analyse. **Herbert Obinger** zeigt auf, dass eine Analyse, die auf die öffentlichen Bruttoausgaben beschränkt bleibt, den tatsächlichen wohlfahrtsstaatlichen Ressourcenaufwand nicht adäquat abbildet. Werden die Effekte des Steuersystems und private Leistungen in die Untersuchungen einbezogen, können erhebliche Verschiebungen im internationalen Vergleich nachgewiesen werden.

**Julia Moser** richtet den Blick auf die Schweiz, einem eher atypischen Beispiel expandierender Sozialpolitik, während **Peter Starke** sich mit – der eher als typisch konstatierten – Kürzungspolitik beschäftigt und dazu die Entwicklung Neuseelands mit den Entwicklungen in Deutschland, Großbritannien und Schweden vergleicht.

Gisela Hegemann-Mahltig

### Aus dem Inhalt

• Sozialpolitische Nettoausgaben im internationalen Vergleich .....	1
• Sozialpolitische Expansion in schwierigen Zeiten: das Beispiel der Schweiz .....	6
• Kürzungspolitik im Wohlfahrtsstaat .....	9
• Berichte .....	12
• Tagungen .....	15
• Projekte .....	21
• Personalien .....	22
• Ankündigungen .....	24
• Tagungen .....	24
• Gesundheitspolitisches Kolloquium .....	25
• Jour-fixe: Sozialpolitisches Kolloquium .....	25
• Veröffentlichungen .....	26
• Neuerscheinungen .....	26
• Arbeitspapiere .....	28

gorien hinsichtlich ihrer Wirkungen auf Einkommensungleichheit und Armut unterscheiden. Darüber soll in diesem Beitrag berichtet werden (für Details siehe Castles/Obinger 2007).

### Warum Nettosozialausgaben?

Zwei Effekte des Steuersystems beeinflussen den sozialpolitischen Ausgabenaufwand eines Landes (Adema/Ladaique 2005: 15f.). Zum einen erheben Regierungen oft Steuern und Sozialbeiträge auf Transferzahlungen und besteuern überdies mit indirekten Steuern jene Güter und Dienstleistungen, die mittels Sozialtransfers finanziert werden. Zum anderen gewähren Regierungen sozialpolitisch motivierte Steuervergünstigungen, die als Äquivalent zu Geldleistungen betrachtet werden können oder/und mit steuerpolitischen Maßnahmen den Erwerb privater Vorsorgeformen fördern.

Die Auswirkungen dieser beiden steuerpolitischen Interventionsformen sind in zweierlei Hinsicht von Relevanz. Erstens ist offenkundig, dass durch ihre Ausblendung der tatsächliche sozialpolitische Ausgabenaufwand eines Landes nicht adäquat abbildet wird. Zweitens sind die damit einhergehenden verteilungspolitischen Konsequenzen der beiden steuerpolitischen Interventionsformen von erheblicher Bedeutung. Die direkte Besteuerung von Sozialleistungen bedeutet, dass ein Teil des Transfervolumens wieder an den Staat zurückfließt. Die öffentliche Hand holt, salopp formuliert, aus der rechten Tasche der Bürger wieder einen Teil davon heraus, was sie in die linke hinein gesteckt hat. Dieses tax churning dürfte mit redistributiven Effekten einhergehen, da davon auszugehen ist, dass die Bezieher höherer Transferinkommen stärker zur Kasse gebeten werden.

Unklarer sind die verteilungspolitischen Wirkungen von sozialpolitischen Steuerbegünstigungen. Während Steuerbegünstigungen in Form von Steuergutschriften für Geringverdiener explizit mit redistributiver Intention gewährt werden, profitiert v. a. die Mittelschicht von der steuerlichen Förderung privater Vorsorgeformen. Der Gesamteffekt sozialpolitisch motivierter Steuerbegünstigungen ist daher weniger eindeutig als jener der direkten Besteuerung von Transferleistungen. Da jedoch in den OECD-Kernländern das Volumen der steuerlichen Maßnahmen des ersten Typs mit einem Anteil von 3,3 % des BIP stärker ins Gewicht fällt als das

der gewährten Steuerbegünstigungen (0,5% des BIP), ist davon auszugehen, dass insgesamt die steuerpolitischen Interventionen mit redistributiven Wirkungen einhergeht.

### Der sozialpolitische Nettoaufwand im internationalen Vergleich

Ausgehend von den öffentlichen Bruttosozialausgaben bereinigen Adema und Ladaique (2005) die beiden erwähnten Effekte des Steuersystems und gelangen so zu den öffentlichen Nettosozialausgaben. Dazu subtrahieren sie zunächst von den öffentlichen Bruttoausgaben die direkten und indirekten Steuern und addieren dann die sozialpolitisch motivierten Steuervergünstigungen hinzu. Die privaten Nettosozialausgaben werden ermittelt, indem die Bruttoausgaben für private Pflichtleistungen und freiwillig erbrachte Sozialleistungen um die direkten und indirekten Steuern bereinigt werden (vgl. Adema/Ladaique 2005; Schmidt 2007). Die Summe der so ermittelten öffentlichen und privaten Nettoaufgaben ergibt den gesamten sozialpolitischen Nettoaufwand eines Landes. Alle drei Nettoaufgabenindikatoren werden in Relation zum BIP ausgedrückt.

Nach Adema/Ladaique (2005: 5) bilden die öffentlichen Nettosozialausgaben einen Indikator dafür, wieviel Geld eine Regierung tatsächlich für die Sozialpolitik ausgibt, während die gesamten Nettosozialausgaben (die auch die privaten Sozialausgaben beinhalten) Aufschluss darüber liefern, welcher Anteil der Wirtschaftsleistung eines Landes den Empfängern von Sozialleistungen insgesamt zur Verfügung steht.

In Tabelle 1 sind für 18 OECD-Kernländer vier unterschiedliche Ausgabenkategorien dargestellt. Spalte 1 zeigt mit der öffentlichen Bruttosozialleistungsquote jenen Indikator, der bislang von der Wohlfahrtsstaatsforschung am intensivsten genutzt wurde. Diese Zahlen zeigen das gewohnte Bild. An der Spitze des Ranking befinden sich die nordischen Wohlfahrtsstaaten Schweden und Dänemark, während Japan und fast alle englischsprachigen Länder die Nachhut bilden. Werden nun aber die Effekte des Steuersystems und die privaten Sozialausgaben mit berücksichtigt (Spalte 4), ergeben sich bemerkenswerte Veränderungen im internationalen Ausgabengefüge. Ausgaben Spitzenreiter sind nun Deutschland und Frankreich und auch die anderen kontinentalen Wohlfahrts-

staaten mit Ausnahme Österreichs machen Plätze gut. Demgegenüber büßen alle skandinavischen Länder Rangplätze ein. Am auffälligsten ist jedoch der große Sprung der USA sowie des Vereinigten Königreichs, die sich nun hinsichtlich ihrer Nettoaufwendungen im oberen Drittel befinden. Insgesamt zeigt sich, dass sich die finanziellen Aufwendungen für sozialpolitische Zwecke zwischen den drei Länderfamilien bzw. Wohlfahrtsregimen erheblich angleichen. Die zentralen Unterschiede zwischen den Welten des Wohlfahrtskapitalismus liegen also weniger im gesamten Ressourcenaufwand für soziale Sicherheit, sondern vielmehr im Public-Private Mix. Die Höhe der privaten Sozialausgaben ist in der englischsprachigen Länderfamilie im Schnitt ca. dreimal höher als in den nordischen Ländern. Umgekehrt zeigt sich bei Betrachtung der Differenz zwischen den öffentlichen Brutto- und Nettoaufgaben (Spalte 1 und 2), dass die Besteuerung der Sozialleistungen in der englischsprachigen Welt am geringsten ist. In den Vereinigten Staaten ist aufgrund des großen Stellenwerts sozialpolitisch motivierter Steuervergünstigungen die öffentliche Nettosozialleistungsquote sogar höher als die Bruttoquote.

### Bestimmungsfaktoren der Brutto- und Nettosozialausgaben

Die bei der Berechnung von Nettoaufgaben zutage tretenden Veränderungen im Ausgabengefüge und die Angleichung der Ausgaben-niveaus zwischen den unterschiedlichen Wohlfahrtsregimen wirft die Frage nach den Determinanten der länderspezifischen Unterschiede bei den Nettoaufgabenniveaus auf. Diese Frage ist deshalb von Bedeutung, weil die klassischen Sozialstaatstheorien bislang zumeist anhand der (offenkundig verzerrten) Bruttoaufwendungen empirisch überprüft wurden. Im Folgenden sollen einige Befunde zu den Bestimmungsfaktoren von vier unterschiedlichen Sozialausgabenkategorien im Jahr 2001 präsentiert werden. Als erklärende Variablen werden neben politischen (parteipolitische Kräfteverteilung), ökonomischen (Wohlstandsniveau und Wachstumsrate<sup>1</sup>) und institutionellen (Vetopunkte) Stellgrößen auch der Reifegrad der Wohlfahrtsstaaten berücksichtigt.

<sup>1</sup> Die Wachstumsrate ist ein Indikator, der maßgeblich die *dependency ratios* bestimmt.

**Tabelle 1: Sozialausgaben in Prozent des BIP (zu Marktpreisen) im Jahr 2001**

	(1) Brutto- ausgaben	Rang	(2) Öffentliche Netto- ausgaben	Rang	(3) Private Netto- ausgaben	Rang	(4) Gesamte Netto- ausgaben (2+3)*	Rang
Australien	18,00	14	17,10	13	4,20	3	21,10	11
Belgien	24,70	7	21,20	5	2,00	9	23,20	5
Dänemark	29,20	2	21,80	4	0,70	15	22,50	7
Deutschland	27,40	4	25,40	1	2,60	7	27,60	1
Finnland	24,80	6	19,20	10	0,70	15	20,00	15
Frankreich	28,50	3	25,20	2	1,80	10	27,00	2
Irland	13,80	18	12,20	18	0,40	17	12,40	18
Italien	24,40	8	20,90	6	1,20	12	21,90	9
Japan	16,90	16	17,10	13	3,20	6	20,20	14
Kanada	17,80	15	17,10	13	3,50	5	20,30	13
Neuseeland	18,50	13	15,50	17	0,50	16	15,90	17
Niederlande	21,40	11	18,00	11	4,50	2	22,10	8
Norwegen	23,90	9	19,60	9	1,20	12	20,90	12
Österreich	26,00	5	20,60	7	1,20	12	21,80	10
Schweden	29,80	1	23,70	3	2,20	8	26,00	3
Spanien	19,60	12	16,70	15	0,30	18	17,00	16
USA	14,70	17	15,90	16	8,50	1	23,10	6
Vereinigtes Königreich	21,80	10	19,80	8	3,60	4	23,30	4
<b>Mittelwert</b>	<b>22,29</b>		<b>19,28</b>		<b>2,35</b>		<b>21,46</b>	
<b>Standardabweichung</b>	<b>4,98</b>		<b>3,47</b>		<b>2,04</b>		<b>3,74</b>	
<b>Spannweite</b>	<b>16,00</b>		<b>13,20</b>		<b>8,20</b>		<b>15,20</b>	
<b>Variationskoeffizient</b>	<b>0,22</b>		<b>0,18</b>		<b>0,87</b>		<b>0,17</b>	
<b>Mittel Nordeuropa</b>	26,92		21,07		1,20		22,35	
<b>Mittel Kontinentaleuropa</b>	25,6		22,08		2,42		24,34	
<b>Mittel englischsprachige Länder</b>	17,43		16,27		3,45		19,35	

Quelle: Adema/Ladaique (2005: 71).

Anmerkungen: Nordeuropa: Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen.

Kontinentale Länderfamilie: Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Österreich.

Englischsprachige Länder: Australien, Irland, Kanada, Neuseeland, USA und Vereinigtes Königreich.

\* Zur Vermeidung von Doppelzählungen entsprechen einige Zahlen in Spalte (4) nicht der Summe aus (2) + (3).

Letzterer wird durch das Politikerbe der Vergangenheit bestimmt und über den durchschnittlichen Zeitpunkt der Konsolidierung von vier Sozialprogrammen auf nationaler Ebene gemessen. Angesichts der für die öffentlichen Ausgaben typischen "tyranny of past political commitments" (Tanzi/Schuknecht 2000: 20) wird argumentiert, dass die gegenwärtigen Ausgabenniveaus die länderspezifischen politischen, ökonomischen und institutionellen Gegebenheiten der Nachkriegszeit widerspiegeln.

Tabelle 2 zeigt best-fit Modelle für die vier unterschiedlichen Sozialausgabenkategorien. Für die Bruttoausgaben zeigt sich das aus der Literatur bekannte Bild. Bürgerliche Regierungen, hohes Wirtschaftswachstum und eine späte zeitliche Konsolidierung des Sozialstaates dämpfen die Sozialleistungsquote. Demgegenüber übt das Wohlstandsniveau eines Landes keinen signifikanten Einfluß

auf die Höhe der Sozialausgaben aus. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die öffentlichen Nettoausgaben (Spalte 2) mit der Ausnahme, dass Parteiendifferenzen verschwinden. Fast spiegelverkehrte Befunde stellen sich hingegen für das Volumen der privaten Sozialausgaben ein (3). Diese sind höher in reichen, institutionell fragmentierten und bürgerlich regierten Ländern. Hohe institutionelle Hürden und die damit verbundene Blockadeanfälligkeit staatlicher Sozialpolitik haben offenkundig einer Sozialpolitik mit anderen Mitteln die Bahn geebnet. Blickt man schließlich auf den gesamten Nettoaufwand (4), dann wird deutlich, dass die internationale Varianz des gesamten sozialpolitischen Ressourcenaufwands ausschließlich von ökonomischen Stellgrößen bestimmt wird.

Insgesamt verlieren damit politisch-institutionelle Einflussgrößen an Bedeutung, wenn das Augenmerk von den öffentlichen Bruttoausgaben

auf die Nettosozialausgaben gerichtet wird (vgl. auch Kemmerling 2004). Die Politik übt – so ist angesichts dieser Befunde zu vermuten – zuallererst einen starken Einfluss auf den Public-Private Mix sowie die Besteuerung von Sozialleistungen bzw. die Instrumentalisierung der Steuerpolitik für sozialpolitische Zwecke aus. Demgegenüber determinieren der Wohlstand und die Wirtschaftsdynamik eines Landes die für sozialpolitische Zwecke insgesamt bereitgestellten finanziellen Ressourcen. Dieser Befund rehabilitiert eindrucksvoll die funktionalistischen Sozialstaatstheorien der 1950er und 1960er Jahre (Wilensky 1975).

### **Wirkungen unterschiedlicher Sozialausgabenkategorien**

Neben den Bestimmungsfaktoren des Nettoaufwands ist die Frage relevant, inwieweit sich die unterschiedlichen Ausgabenkategorien hinsichtlich ihrer Wirkungen auf

**Tabelle 2: Bestimmungsfaktoren unterschiedlicher Sozialausgabenkategorien 2001**

	Abhängige Variable			
	(1) Öffentliche Bruttoausgaben	(2) Öffentliche Nettoausgaben	(3) Private Nettoausgaben	(4) Gesamte Nettoausgaben
Konstante	269,38*** (3,33)	203,99*** (3,30)	-8,30*** (4,75)	154,52* (2,00)
BIP pro Kopf (1960-2001)	--	--	0,00053*** (4,14)	0,00081** (3,02)
BIP Wachstum (1981-2001)	-3,32*** (5,23)	-2,93*** (5,46)	--	-2,39*** (3,48)
Bürgerliche Kabinettssitzanteile (1950-2000)	-0,065** (2,46)	--	0,027** (2,18)	--
Zeitliche Konsolidierung des Sozialstaates	-0,12** (2,86)	-0,092** (2,85)	--	-0,072† (1,75)
Index der institutioneller Rigidität	--	--	0,83* (1,97)	--
N	18	18	18	18
Adjusted R <sup>2</sup>	0,83	0,73	0,71	0,67

Anmerkungen: unstandardisierte Regressionskoeffizienten; t-Statistik in Klammern. \* p ≤ .10; \*\* p ≤ .05; \*\*\* p ≤ .01.  
Quelle: Castles/Obinger (2007).

Einkommensungleichheit und Armut unterscheiden. Einfache bivariate Korrelationen zwischen den vier Ausgabenkategorien und zwei sozialpolitischen Outcome-Indikatoren geben darüber Aufschluss (Tabelle 3). Zum einen handelt es sich um den Gini-Koeffizienten als Maß der Einkommensungleichheit, zum anderen um den Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von 50% unterhalb des Medianeinkommens. Die Daten stammen von der Luxembourg Income Study (vgl. <http://www.lisproject.org>).

Zusätzlich zeigt Tabelle 3 die Umverteilungswirkungen eines Indikators, der die auf Sozialleistungen erhobene Steuer- und Abgabenlast abbildet und aus der Differenz der öffentlichen Bruttoausgaben und der öffentlichen Nettoausgaben berechnet wurde.

Die bivariaten Korrelationen zeigen, dass die sozialpolitischen Bruttoausgaben ungleich stärker mit

egalitären Outcomes korrespondieren als die drei Nettoausgabenkategorien. Der Zusammenhang zwischen den privaten Nettoausgaben und der Einkommensungleichheit sowie der Armutsquote ist sogar positiv. Hingegen besteht zwischen den gesamten Nettoaufwendungen, die Adema/Ladaique als umfassendstes und bestes Maß für die Sozialaufwendungen eines Landes erachten, und den beiden Outcome-Indikatoren lediglich ein schwacher statistischer Zusammenhang.

Es ist daher wenig überraschend, dass der Steuerlastindikator (Tabelle 3, letzte Zeile) außerordentlich stark mit redistributiven Outcomes korreliert: Je stärker Sozialleistungen besteuert werden, desto ausgeprägter ist die Umverteilung. Das Ausmaß, zu dem dies geschieht, ist aber offenkundig politisch determiniert, da die Steuerlast in einem Land um so höher ist, je länger die Regierung von einer

Linkspartei kontrolliert wurde (siehe Grafik 1). Hinzu kommt, dass sich offenkundig die steuerliche Behandlung von Sozialleistungen zwischen den Länderfamilien erheblich unterscheidet und damit in hohem Ausmaß die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus widerspiegelt.

## Zusammenfassung

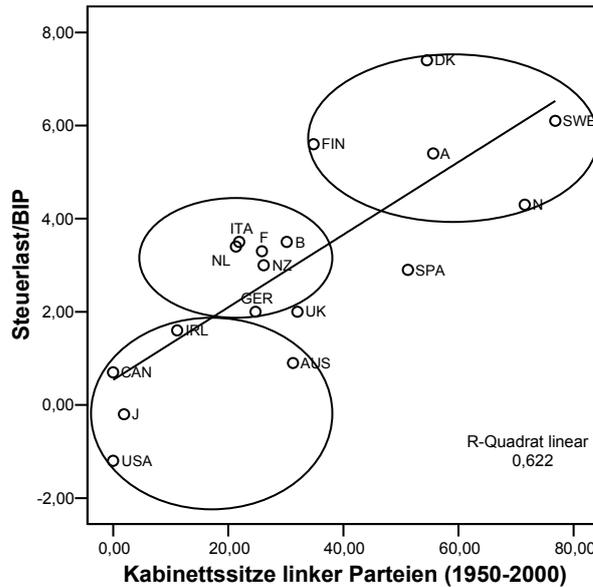
Die jüngsten Schätzungen der öffentlichen und privaten Nettoausgaben zeigen, dass die öffentlichen Bruttoaufwendungen eines Landes, die bislang im Mittelpunkt der Forschung standen, den tatsächlichen sozialpolitischen Ressourcenaufwand eines Landes und damit die Größe des Wohlfahrtsstaates nicht adäquat abbilden. Im Einklang mit funktionalistischen Sozialstaatstheorien zeigt sich, dass die nationalen Unterschiede der Nettoausgabenquoten ausschließlich ökonomischen Faktoren geschuldet

**Tabelle 3: Korrelation zwischen Sozialausgabenkategorien und Ungleichheit**

Ausgabenkategorie	Armutsquote	Gini-Index
Öffentliche Bruttoausgaben	-0,827***	-0,684***
Öffentliche Nettoausgaben	-0,685***	-0,495*
Private Nettoausgaben	0,379	0,418
Gesamte Nettoausgaben	-0,488*	-0,281
Steuerlast (Öffentliche Bruttoausgaben minus öffentliche Nettoausgaben)	-0,775***	-0,752***

Anmerkungen: Korrelationskoeffizient nach Pearson. \* p ≤ .10; \*\* p ≤ .05; \*\*\* p ≤ .01, Quelle: Castles/Obinger (2007).

**Grafik 1: Kabinettsitzanteile von linken Parteien und Steuerlast auf Sozialleistungen in % des BIP**



Prof. Dr. Herbert Obinger ist seit 1998 Mitglied des Zentrums für Sozialpolitik. Im Juni 2006 wurde er zum Professor für Vergleichende Staatstätigkeitsforschung unter besonderer Berücksichtigung der Sozialpolitik berufen. Zusammen mit Prof. Dr. Stephan Leibfried leitet er die Abteilung „Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates“ im Zentrum für Sozialpolitik. Im Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597) leitet er, ebenfalls zusammen mit Stephan Leibfried, das Projekt „Sozialstaatsreform in kleinen offenen Volkswirtschaften“.

sind. Allerdings ist die Höhe der Netto-sozialausgaben im Gegensatz zu den Bruttoaufwendungen nur mit geringen redistributiven Effekten verbunden. Dies unterstreicht die wichtige Rolle der Steuerpolitik und des Public-private Mix bei der Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Die Wahl des Public-private Mix und der Umfang der Steuerbelastung ist dabei im Wesentlichen ein Produkt politischer Entscheidungen. Der internationale Vergleich zeigt, dass sich im Hinblick auf die Ausgestaltung dieser Stellgrößen die Existenz von drei Sozialstaatswelten nachweisen lässt.

#### Literatur

- Adema, Willem; Ladaïque, Maxime, 2005: Net Social Expenditure, 2005 Edition. More Comprehensive Measures of Social Support, *OECD Social, Employment and Migration*. Working Papers No. 29: Paris.
- Castles, Francis G.; Obinger, Herbert, 2007: „Social Expenditure and the Politics of Redistribution“, *Journal of European Social Policy* 17: 206-222.
- Kemmerling, Achim, 2004: „Die Messung von Brutto- und Nettosozialleistungen“, in: Forum der Bundesstatistik (Hg.), *Die Ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands, Bestandsaufnahme und internationaler Vergleich*, Bd. 44: 150-172.
- OECD, 2007: *Social Expenditure Data Base*: Paris.
- Schmidt, Manfred G., 2007: „Brutto- und Nettosozialleistungsquoten im Vergleich“, in: Manfred G. Schmidt u. a. (Hg.), *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS, 423-430.
- Tanzi, Vito; Schuknecht, Ludger, 2000: *Public Spending in the 20th Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wilensky, Harold, 1975: *The Welfare State and Equality*. Berkeley: University of California Press.

#### Herbert Obinger

Telefon: 0421/218-4369  
hobinger@zes.uni-bremen.de

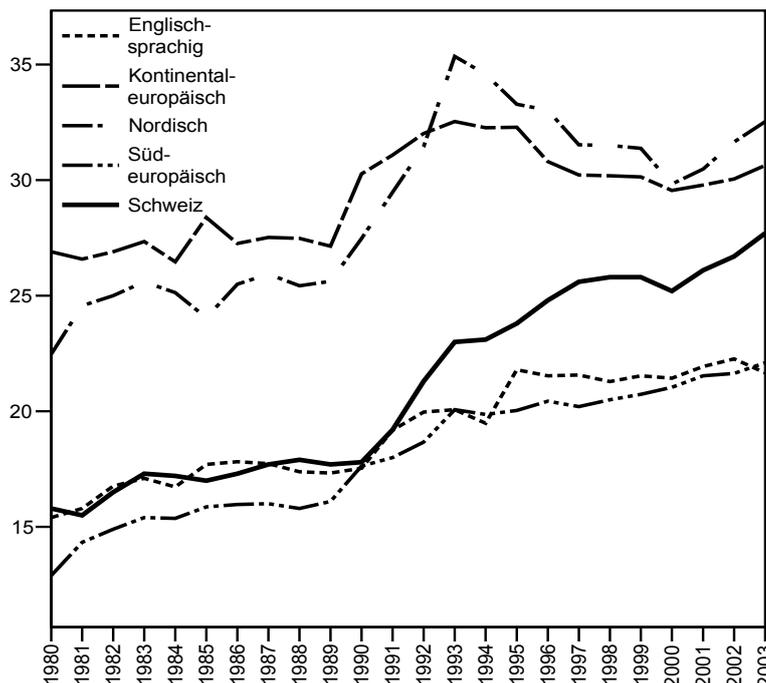
# Sozialpolitische Expansion in schwierigen Zeiten: das Beispiel der Schweiz

Das Bild, das Politik und Medien heutzutage vom Wohlfahrtsstaat zeichnen, ist das einer Institution, die von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unter Druck gesetzt und zunehmend auf ein reduziertes Maß zurechtgestutzt wird. Auch die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung findet Anzeichen für einen zum Teil drastischen sozialpolitischen Rückbau innerhalb der OECD-

Es wäre natürlich möglich, dass dieser auffällige Anstieg der schweizerischen Sozialausgaben schlicht der ökonomischen Entwicklung zuzuschreiben ist. Tatsächlich nahmen in der Schweiz seit 1975 und insbesondere in den 1990er Jahren aufgrund steigender Empfängerzahlen die Ausgaben sowohl der Arbeitslosen-, der Renten- als auch der Invalidenversicherung deutlich zu. Noch wichtiger

finden.<sup>1</sup> Zwar fielen expansive Maßnahmen angesichts eines wachsenden sozio-ökonomischen Problemdrucks moderat aus und wurden auch wiederholt an einzelne soziale Leistungseinschnitte gekoppelt, insgesamt verlief die sozialpolitische Entwicklung der Schweiz zunächst aber „gegen den Strom“ (für Details siehe Moser 2008).

**Grafik 1: Sozialausgaben der Schweiz und der vier „Families of Nations“ (in % des BIP), 1980-2003**



Quelle: OECD (2006); Anmerkungen: Sozialausgaben = total public social expenditure + mandatory private social expenditure; Englischsprachig = Australien, Irland, Kanada, Neuseeland, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika; Kontinentaleuropäisch = Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich; Nordisch = Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden; Südeuropäisch = Griechenland, Portugal, Spanien.

Welt (siehe etwa Allan/Scruggs 2004; Korpi/Palme 2003). Auch wenn das Ausmaß des Rückbaus umstritten ist, wird doch allgemein angenommen, dass die Hauptexpansionsphase wohlfahrtsstaatlicher Politik in den reichen Industrienationen Mitte der 1970er Jahre zu Ende gegangen ist.

Ein Land, das sich ganz offensichtlich nicht in dieses Muster fügen will, ist die Schweiz. Entsprechend ihrer Sozialleistungsquote bis Anfang der 1990er Jahre noch jener der englischsprachigen Länder, so verzeichnet sie seither ein im internationalen Vergleich auffälliges und atypisches Ausgabenwachstum, das sie Anfang des neuen Jahrtausends fast auf Augenhöhe mit anderen kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten brachte (siehe Grafik 1).

für die Erklärung des massiven Ausgabenanstiegs ist das Wirtschaftswachstum, das über den Nenner in die Berechnung der Sozialleistungsquote einfließt und das in der Schweiz in den letzten 30 Jahren im Vergleich zu anderen etablierten OECD-Demokratien extrem niedrig ausfiel (Armingeon 2005: 141). Wäre das BIP in der Schweiz ähnlich gewachsen wie das der anderen Industrieländer, würde sie in den internationalen Ranglisten der Sozialausgaben nur eine mittlere Position einnehmen (Obinger u. a. 2005: 287).

Gleichwohl lässt sich auch qualitative Evidenz für einen Ausbau des schweizerischen Wohlfahrtsstaates

So erfuhr etwa die schweizerische Arbeitslosenversicherung durch die Einführung einer Pflichtversicherung für alle Arbeitnehmer in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine bedeutende Ausweitung des sozialrechtlich geschützten Personenkreises. Der Leistungskatalog der Versicherung wurde u. a. durch einen schon seit Jahrzehnten von Sozialdemokraten und Gewerkschaften geforderten Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik deutlich ausgeweitet. Die Schweiz

<sup>1</sup> Sozialpolitischer Ausbau wird hier verstanden als eine Erweiterung des Leistungskatalogs, ein Ausbau individueller Rechtspositionen, eine Ausweitung des sozialrechtlich geschützten Personenkreises oder eine verstärkte Belastung der öffentlichen Haushalte.

zählte damit Mitte der 1990er Jahre zusammen mit Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und Dänemark zu den Vorreitern im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Schließlich verlängerten Regierung und Parlament wiederholt die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und hoben die (im internationalen Vergleich als großzügig zu bezeichnende) Lohnersatzrate um bis zu 15 Prozent an.

In der Krankenpflegeversicherung wurde der Inklusionsgrad durch die Einführung einer Pflichtversicherung für die gesamte Bevölkerung im Jahre 1994 zwar nur sehr begrenzt erweitert, diese bildete aber die Grundlage einer Reihe von expansiven Maßnahmen. Dies gilt z. B. für neue, steuerfinanzierte Prämienverbilligungen für Geringverdiener und für Familien, in deren Genuss heute rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung kommt. Zugleich beschloss das Parlament mit Unterstützung aller großen Parteien auch in der Krankenversicherung eine maßvolle Ausweitung des Leistungskatalogs, speziell in den Bereichen Prävention, Haus- und Krankenhauspflege.

Hervorzuheben ist auch die Expansion der 1975 zumindest auf Bundesebene nahezu nicht existenten schweizerischen Familienpolitik. Zentral war hier die Einführung einer Mutterschaftsversicherung für erwerbstätige Frauen (einheitlicher Lohnersatz von 80 Prozent des vorherigen Einkommens während eines Mutterschaftsurlaubs von 14 Wochen), die allerdings erst im vierten Anlauf gelang.<sup>2</sup> Damit wurde eine der letzten großen Lücken im schweizerischen System der sozialen Sicherheit geschlossen und die Schweiz sprach als letztes Land in Europa (erwerbstätigen) Frauen gesetzliche Leistungen bei Mutterschaft zu. Ein weiteres Element der familienpolitischen Expansion in der Schweiz bildete eine von sozialdemokratischer Seite initiierte Harmonisierung der höchst unterschiedlichen Familienzulagensysteme der Gliedstaaten (Kantone) durch die Einführung von Regelsätzen und die Ausweitung des sozialrechtlich geschützten Personenkreises.

Schließlich traf das Schweizer Parlament auch in der Rentenversicherung mehrere expansive Maßnahmen. In der staatlichen Alters- und Hinterlassenenversicherung sind v. a. die

Einführung eines Mischindex der Rentenanpassung im Jahre 1977 sowie von Betreuungs- und Erziehungsgutschriften, einer Witwerrente und einer neuen Rentenformel zugunsten niedriger Einkommen im Jahre 1994 hervorzuheben. Mehrmals erweiterte das Parlament den Inklusionsgrad der beruflichen Vorsorge und führte auch hier eine Witwerrente ein. Darüber hinaus bedeutete die 1982 verabschiedete obligatorische Versicherung einen verbesserten Schutz, eine umfassendere Risikoabdeckung und in vielen Fällen auch höhere Leistungen für die bereits in der freiwilligen beruflichen Vorsorge Versicherten. Die bedarfsgeprüften Ergänzungsleistungen für Rentner mit niedrigem Einkommen (die auch auf die Invalidenversicherung Anwendung finden) wurden ebenfalls wiederholt selektiv verbessert.

Erst seit dem Ende der 1990er Jahre ist auch in der Schweiz die wohlfahrtsstaatliche Expansion weitgehend zum Erliegen gekommen. Zunehmend liegt der Reformschwerpunkt auf restriktiven Maßnahmen. Die bislang erfolgten Einschnitte halten sich aber – gerade auch im internationalen Vergleich – in Grenzen. Darüber hinaus scheiterten überwiegend restriktive Reformen wiederholt in Volksabstimmungen, etwa die geplanten Leistungskürzungen in der Arbeitslosenversicherung (1997) oder im Jahr 2004 die Einschnitte in der Rente, die überwiegend zu Lasten von Frauen gingen.

### **Von sozioökonomischen Antriebskräften und politisch-institutionellen Weichenstellern**

Dem Ausbau des schweizerischen Wohlfahrtsstaates nach 1975 liegen unterschiedliche Faktoren zugrunde. Dabei können sozioökonomische Faktoren als „Antriebskräfte“ wohlfahrtsstaatlichen Wandels identifiziert werden, die aber von politisch-institutionellen „Weichenstellern“ gefiltert werden, welche maßgeblich Reichweite und Erscheinungsform des Sozialstaatswandels bestimmen (zur Verwendung der Begriffe siehe auch Genschel u. a. 2006).

Eine zentrale Antriebskraft sozialpolitischer Expansion in der Schweiz bildete die dem Wandel zur postindustriellen Gesellschaft und damit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Familienstruktur geschuldete Entstehung und Verbreitung neuer sozialer Bedürfnisse und Risiken.

So standen etwa beim Ausbau der Familienpolitik das in vielen Industrienationen wachsende Problem der Familienarmut sowie die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt der Reformen. In der Rentenversicherung ging es den politischen Akteuren insbesondere darum, die Gleichbehandlung von Mann und Frau zu verwirklichen<sup>3</sup> und die soziale Absicherung von Geringverdienern und Teilzeitbeschäftigten im Alter zu verbessern. In der Arbeitslosenversicherung zählten schließlich v. a. erwerbstätige Frauen und Geringqualifizierte zu den neuen Zielgruppen wohlfahrtsstaatlicher Expansion.

Weitaus überraschender als die Bedeutung neuer sozialer Bedarfslagen für den Ausbau des schweizerischen Wohlfahrtsstaates ist aber die Erkenntnis, dass der Ausbau zu einem großen Teil auch der Tatsache geschuldet ist, dass die Schweiz als wohlfahrtsstaatlicher Nachzügler in das schwierige Fahrwasser der seit der ersten Ölpreiskrise stark verschlechterten sozioökonomischen Rahmenbedingungen geriet. Die sozialpolitische Entwicklung der Schweiz war nämlich schon in der Konstituierungsphase der modernen Wohlfahrtsstaaten sowie im so genannten „Goldenen Zeitalter“ der Wohlfahrtsstaaten (Flora 1986: XXII) abseits des üblichen Pfades verlaufen. Nicht nur war sie ein Nachzügler bezüglich der Einführung der Kernprogramme der sozialen Sicherung<sup>4</sup>, sie gehörte auch zusammen mit den USA, Japan, Australien, Neuseeland und Kanada einem „exklusiven Klub“ von reichen Demokratien an, die den Ausbau des Wohlfahrtsstaates zwischen 1945 und 1975 weniger stark vorangetrieben hatten als die sozialpolitischen Pionierländer des europäischen Kontinents und die Staaten Skandinaviens (für Details siehe Obinger/Wagschal 2000).

Vor diesem Hintergrund wirkten nach 1975 auch solche sozioökonomischen Faktoren tendenziell expansiv, die aus theoretischer Perspektive eigentlich Rückbaumaßnahmen

<sup>3</sup> Indes schlug sich das Ziel der Gleichbehandlung von Mann und Frau in der schweizerischen Rentenversicherung auch in restriktiven Maßnahmen nieder. So wirkte v. a. die liberale FDP darauf hin, dass diese auch durch die Abschaffung vormaliger Frauenprivilegien (v. a. beim Rentenalter) umgesetzt wurde.

<sup>4</sup> Allerdings war die Schweiz ein europäischer Pionier in der Arbeiterschutzgesetzgebung.

<sup>2</sup> Dreimal (1984, 1987 und 1999) scheiterte eine Mutterschaftsversicherung in der Volksabstimmung.

fördern sollten, weil sie die Mängel des nur gering ausgebauten schweizerischen Wohlfahrtsstaates bloßlegten (für Details siehe Moser 2008). So gingen in der Schweiz bis Mitte der 1990er Jahre von ökonomischen Krisen bzw. dem damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosenquote in der Arbeitslosenversicherung expansive Reformimpulse aus, weil sie den zentralen politischen Akteuren die Mängel der bisherigen freiwilligen bzw. einer auf kurzzeitige Arbeitslosigkeit zugeschnittenen Versicherung vor Augen führten. In der Krankenversicherung war es der massive Kostenanstieg im Gesundheitswesen, der, vermittelt über einen starken Anstieg der Krankenversicherungsprämien, die Solidaritätsprobleme in der bestehenden freiwilligen Versicherung verschärfte und damit expansive Anpassungen beförderte.

Als zentrale politische Weichensteller des sozialpolitischen Ausbaus erwiesen sich die Gewerkschaften, Interessengruppen rund um den Wohlfahrtsstaat und die Sozialdemokraten, welche im Parlament je nach Reforminhalt von christdemokratischer und/oder liberaler Unterstützung profitieren konnten. Zugleich begünstigte die Vielzahl von institutionellen und parteipolitischen Vetospielern des stark fragmentierten politischen Systems der Schweiz (Allparteienregierung, ausgeprägter Föderalismus, starke zweite Kammer und ausgebaute Direktdemokratie) trotz steigender Empfängerzahlen politische Lösungen nahe dem Status quo und damit tendenziell auch einen Anstieg der Sozialausgaben („Sperrklinkeneffekt“). Der in der hohen Vetospielerdichte angelegte Zwang zu Verhandlung und Kompromiss verhinderte massive soziale Einschnitte in Reaktion auf die wachsende Nachfrage nach Sozialleistungen, was sich wiederum in einem Ausgabenanstieg niederschlug.

### **Wohlfahrtsstaatlicher „Reifegrad“ als institutioneller Weichensteller**

Die bis in die 1990er Jahre erfolgte, atypische Expansion des schweizerischen Wohlfahrtsstaates („Verspätungseffekt“) spricht dafür, zukünftig den „Reifegrad“ eines Wohlfahrtsstaates als intervenierende Variable bzw. als institutionellen Weichensteller in der vergleichenden Forschung stärker zu berücksichtigen. So sollte der Vergleich von Ländern, die mit einem eher schwach ausgebauten Wohlfahrtsstaat in das schwierigere sozioökonomische Umfeld der

letzten Dekaden geraten sind – also neben der Schweiz auch Länder wie Australien, Japan oder die Länder Südeuropas – mit den sozialpolitischen Pionierländern des europäischen Kontinents und den Staaten Skandinaviens mehr Aufmerksamkeit erhalten.

### **Literatur**

- Allan, James P.; Scruggs, Lyle, 2004: „Political Partisanship and Welfare State Reform in Advanced Industrial Societies“, *American Journal of Political Science* 48 (3): 496-512.
- Armingeon, Klaus, 2005: „Die schweizerische Wirtschafts- und Fiskalpolitik im internationalen Vergleich“, *Swiss Political Science Review* 11 (3): 141-150.
- Flora, Peter, 1986: „Introduction“, in: Peter Flora (ed.), *Growth to Limits*. Bd. I. Berlin, New York: de Gruyter, XI-XXXVI.
- Genschel, Philipp; Leibfried, Stephan; Zangl, Bernhard, 2006: *Zerfaserung und Selbsttransformation – Das Forschungsprogramm „Staatlichkeit im Wandel“*. TranState Working Papers Nr. 045/2006, Universität Bremen.
- Korpi, Walter; Palme, Joakim, 2003: „New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975-95“, *The American Political Science Review* 97 (3): 425-446.
- Moser, Julia, 2008: *Gegen den Strom? Der Ausbau des schweizerischen Wohlfahrtsstaates in schwierigen Zeiten, 1975-2005* (i. E.).
- Obinger, Herbert; Wagschal, Uwe, 2000: „Von Pionieren und Nachzügeln – Eine Einleitung“, in: Herbert Obinger, Uwe Wagschal (Hg.), *Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen*. Frankfurt/New York: Campus, 7-21.
- Obinger, Herbert; Armingeon, Klaus; Bonoli, Giuliano; Bertozzi, Fabio, 2005: „Switzerland. The Marriage of Direct Democracy and Federalism“, in: Herbert Obinger; Stephan Leibfried; Francis G. Castles (eds.), *Federalism and the Welfare State. New World and European Experiences*. Cambridge u. a. O.: Cambridge University Press, 263-304.
- OECD, 2006: *Social Expenditure Database 2006*. Paris: OECD.

### **Julia Moser**

Telefon: 0421/218-8738  
julia.moser@sfb597.uni-bremen.de

Dr. Julia Moser ist seit 2003 Mitarbeiterin im Projekt „Sozialpolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften“ des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597). Im Oktober 2007 hat Julia Moser ihre Promotion abgeschlossen; die Dissertation beschäftigt sich mit dem hier vorgestellten Thema: „Gegen den Strom? Der Ausbau des schweizerischen Wohlfahrtsstaates in schwierigen Zeiten, 1975-2005“.

# Kürzungspolitik im Wohlfahrtsstaat

Spätestens seit den 1970er Jahren ist international die Vorstellung weit verbreitet, dass der Wohlfahrtsstaat nach seinem beispiellosen Ausbau in der Nachkriegszeit an einer unsichtbaren Grenze angelangt und seitdem Stück für Stück abgebaut worden ist, zumindest aber auf der Stelle tritt. Kürzungspolitik steht auf der Tagesordnung, und ein weiterer Ausbau scheint höchstens dann möglich, wenn Ressourcen durch Einschnitte in anderen Bereichen frei werden.<sup>1</sup>

Für die Politikwissenschaft hat sich dabei ein völlig neues Forschungsfeld eröffnet. Abgesehen von der Frage, inwiefern diese Beschreibung des Wohlfahrtsstaates als einer Institution auf dem Rückzug überhaupt zutrifft, ist die Kürzungspolitik als neuer – und erklärungsbedürftiger – Politiktyp in den letzten 10 bis 15 Jahren in den Vordergrund getreten.<sup>2</sup> Denn obgleich mehr oder weniger tiefe Einschnitte in Expertenrunden meist als „unvermeidlich“ dargestellt werden, hat dieser Umstand noch nie das Scheitern von Reformen verhindern können. Und einer geglückten Reform gehen häufig ein oder sogar mehrere gescheiterte Anläufe voraus. Schließlich ist Kürzungspolitik bei weitem keine technokratische Angelegenheit. Es geht hierbei um genuin politische Verteilungskonflikte und den Zusammenprall unterschiedlicher, historisch gewachsener politischer Ideen und Ideologien.

## „Retrenchment“ als Forschungsobjekt

„Welfare state retrenchment“ ist mittlerweile der gängige englische Begriff für das Phänomen, das im Deutschen wahlweise als Kürzungspolitik, Rückbau oder Sozialabbau bezeichnet wird. Ende der 1980er Jahre tauchte der Begriff in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung vereinzelt auf, jedoch gewann die politikwissenschaftliche Debatte

erst mit der Veröffentlichung von Paul Piersons wegweisender Studie „Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher and the Politics of Retrenchment“ (Pierson 1994) an Fahrt. Pierson versuchte damals zu zeigen, dass Kürzungspolitik aus ganz spezifischen Gründen unpopulär und ein radikaler Abbau daher höchst unwahrscheinlich ist. Politiker, die an einer Wiederwahl interessiert sind, könnten lediglich versuchen, über eine Politik der „blame avoidance“ (Vermeidung von Schuldzuweisung) Kürzungen durchzuführen, wobei allerdings selbst dann eher inkrementelle Reformen zu erwarten seien. Pierson nannte diese Art der Politik, die durch eine Vielzahl institutioneller und wahltaktischer Beschränkungen geprägt ist, die „new politics of the welfare state“ und grenzte sich damit explizit von den klassischen Schulen der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung ab.

Jedoch sind auch diese, von Pierson als „old politics“ bezeichneten Ansätze keineswegs verschwunden (Starke 2006). In den letzten Jahren haben vielmehr gerade jene Theorien, die etwa sozioökonomische Problemlagen oder parteipolitische Präferenzen in den Mittelpunkt stellen, ein kleines „Revival“ erlebt (z. B. Korpi/Palme 2003; Castles 2004; Hicks/Zorn 2005). Das mag damit zu tun haben, dass historisch-institutionalistische Theorien wie die der „new politics“ zwar eine Reihe von Gründen finden, warum Reformen scheitern können, aber das auslösende Moment dabei häufig aus dem Blick gerät. Mittlerweile scheint die interessante Frage nicht mehr zu sein, warum radikale Reformansätze wie der eines Ronald Reagan zumindest im Sozialbereich zum Scheitern verurteilt sind, sondern vielmehr, warum und unter welchen Umständen es Politiker trotz der geringen Popularität von Kürzungspolitik immer wieder wagen, den Bürgern Einschnitte zuzumuten, und damit zuweilen auch recht erfolgreich sind. Einfacher ausgedrückt: Warum gibt es sozialpolitische Kürzungen? Und was erklärt die Reichweite dieser Kürzungen?

## Neuseeland: Reformeifer im Südpazifik

Zur Beantwortung dieser Fragen bietet es sich an, zunächst einen Fall besonders weit reichender Einschnitte detailliert zu untersuchen. Neuseeland ist wahrscheinlich das einzige OECD-

Land, bei dem es einen weitgehenden Konsens in der Forschung gibt, dass hier radikale sozialpolitische Kürzungen stattgefunden haben.<sup>3</sup> Was waren die wirtschaftlichen und politisch-institutionellen Umstände, die zu diesem Extremfall geführt haben? Das ist hierbei die Leitfrage. Jedoch bleiben bei einer solchen Einzelfallstudie stets Zweifel, ob sich die Schlussfolgerungen zu den Ursachen radikalen Wandels überhaupt auf andere Länder übertragen lassen. Es ist ja durchaus denkbar, dass es sich schlicht um einen Ausreißer handelt. Aus diesem Grund scheint es angebracht, den Fall Neuseeland vergleichend einzubetten, vorzugsweise in ein Sample von möglichst unterschiedlichen, aber dennoch vergleichbaren OECD-Ländern. Die im Folgenden kurz zusammengefassten Ergebnisse entstammen einer Analyse von Kürzungspolitik, die einem solchen Untersuchungsdesign folgt (Starke 2007): Eine ausführliche qualitative Fallstudie neuseeländischer Sozialpolitik seit ca. 1975, die mit den Fällen Deutschland, Großbritannien und Schweden kontrastiert wurde.<sup>4</sup>

Die tiefsten Einschnitte in Neuseeland fanden 1991 unter der gerade neu gewählten konservativen Regierung von Jim Bolger (National Party) statt. Nur wenige Monate nach dem Wahlsieg verkündete die Regierung ein Gesetzespaket als Antwort auf eine tiefe Wirtschafts- und Haushaltskrise, das unter anderem Kürzungen von Transferleistungen – Arbeitslosengeld, Krankengeld, Leistungen für Alleinerziehende – von bis zu 25 % vorsah, außerdem verschärfte Zugangsbedingungen und eine Erhöhung des allgemeinen Rentenalters von 60 auf 65 binnen zehn Jahren. Die übliche Anpassung der Leistungen an das Preisniveau wurde für ein Jahr (im Fall der Renten zwei Jahre) ausgesetzt. Das universelle Kindergeld wurde, 45 Jahre nach seiner Einführung, sogar ganz abgeschafft. In der Unfallversicherung wurde ebenfalls eine Reihe von Leistungen aus dem Katalog gestrichen oder eingeschränkt. Eine besonders unpopuläre Entscheidung betraf

1 Man denke etwa an den umstrittenen Vorschlag der deutschen Sozialdemokraten vom Februar 2007, den Ausbau der Kinderbetreuung unter anderem durch die Aussetzung der geplanten Kindergelderhöhung zu finanzieren.

2 Blickt man weiter in der Geschichte zurück, so finden sich jedoch Vorläufer der heutigen Rückbauversuche, insbesondere während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Eine vergleichende politikwissenschaftliche Analyse dieser Versuche existiert m. W. allerdings bislang nicht.

3 Bei anderen Kandidaten, wie etwa den Niederlanden oder Großbritannien, besteht weit weniger Einigkeit.

4 Es wurden ausschließlich Transferleistungen (Rente, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Familienleistungen, Unfallversicherung etc.) untersucht.

die allgemeine Grundrente. Bereits 1984 hatte eine Labour-Regierung die „superannuation tax surcharge“, eine neuartige Zusatzsteuer, die jedoch faktisch wie eine Bedarfsprüfung der Rente wirkte, eingeführt. Noch im Wahlkampf von 1990 versuchten die Konservativen von National von der geringen Popularität dieser Reform zu profitieren und versprachen die Abschaffung der „surcharge“. Nach dem Machtwechsel jedoch änderte die Regierung ihre Marschrichtung und erhöhte den Prozentsatz der Steuer sogar noch, wobei sie diese Entscheidung (wie auch die anderen Maßnahmen) mit dem Hinweis auf die katastrophale Haushaltslage rechtfertigte, die erst kurz nach dem Regierungswechsel offenbar geworden war.

Die Kürzungen von 1991 waren beileibe nicht die einzigen „retrenchment events“ nach 1975 in Neuseeland. Die ersten, noch zaghaften Einschnitte waren Ende der 1970er Jahre unter dem Eindruck steigender Arbeitslosigkeit und hoher Haushaltsdefizite durch die konservative Regierung von Robert Muldoon erfolgt. Die Labour-Regierung der 1980er Jahre führte die Politik der Einsparungen fort – die Rentensteuer wurde bereits erwähnt –, zeichnete sich aber durch Zurückhaltung im Sozialbereich aus, insbesondere wenn man Labours Sozialpolitik mit den radikalen wirtschaftspolitischen Reformen vergleicht, die parallel stattfanden (Easton 1989). 1990 folgten der Machtwechsel zur National-Regierung und schon bald die oben skizzierten drastischen Einschnitte im Sozialbereich. Nach dem „Schock“ von 1991 schien jedoch der Reformeifer auch dieser Regierung nachzulassen, was angesichts ihrer desolaten Umfragewerte wenig zu überraschen vermochte. 1993 wurde National zwar wiedergewählt, allerdings mit einer hauchdünnen Mehrheit von einem Sitz im Parlament. Gleichzeitig stimmte das Volk in einem bindenden Referendum für eine Wahlrechtsreform, und die Verhältniswahl nach deutschem Vorbild ersetzte das alte Mehrheitswahlssystem. Dieses Ergebnis wurde auch als eine Art Misstrauensvotum gegenüber der traditionellen „Westminster-Politik“ gewertet, in der einmal gewählte Einparteienregierungen weitgehend ungehindert radikale Veränderungen durchführen konnten. In der Tat war spätestens mit der Wahl 1996 die Ära der Einparteienregierungen zu Ende. In diesem Jahr einigte sich die National Party mit der populistischen New Zealand First Party auf einen

Koalitionsvertrag, der eine Reihe von Kürzungen im Sozialbereich, darunter die Rentensteuer, wieder zurücknahm. Seit Mitte der 1990er haben in Neuseeland keine größeren Sozialkürzungen mehr stattgefunden, was aber auch mit einer boomenden Wirtschaft und dem Wechsel zu einer wohlfahrtsstaatsfreundlichen Mitte-Links-Regierung im Jahre 1999 zusammenhängt.

### Wie lassen sich die Kürzungen erklären? Die Lehren Neuseelands und die vergleichende Perspektive

Welche Lehren lassen sich aus 30 Jahren Sozialpolitik in Neuseeland für die Erklärung von Kürzungspolitik schließen? Zunächst fällt ins Auge, dass sämtliche Kürzungen unter dem Eindruck wirtschaftlicher Krisen stattfanden. Das gilt nicht nur für die radikalen Entscheidungen von 1990/91, sondern auch für eine Reihe von eher moderaten Einschnitten vorher und nachher. Dies spricht jedoch noch nicht für eine schlichte Interpretation im Sinne von Kürzungspolitik als reiner „Sachzwang“, denn bei näherem Hinsehen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Kürzungsperioden, die wiederum nur im Lichte (partei-) politischer Dynamiken verständlich werden. Denn obgleich Regierungen verschiedener Couleur Kürzungen unter dem Eindruck von wirtschaftlichen Problemen und mit ausdrücklichem Hinweis auf diese durchführten, brauchte es für die besonders radikalen Einschnitte Anfang der 1990er schon eine Regierung, die sich einem klar anti-wohlfahrtsstaatlichen Konservatismus verpflichtet fühlte. Führende Kabinettsmitglieder – allen voran die Finanz- und die Sozialministerin – sahen in der Krise eine Chance, die in ihren Augen ineffektiv und wenig zielgerichteten Sozialsysteme deutlich zurechtzustutzen. Insgesamt verdeutlicht der Fall Neuseeland, dass parteipolitische Ideologie immer noch ein wichtiger Erklärungsfaktor für Sozialreformen sein kann.

Allerdings hat uns der Institutionalismus in der Politikwissenschaft gelehrt, dass Interessenkonflikte üblicherweise von institutionellen Strukturen geprägt werden. Dies scheint auch im Falle Neuseelands zu gelten. Ein politisches System, das sich – vor der Wahlrechtsreform – durch eine in der OECD beispiellose Machtkonzentration im Kabinett auszeichnete, gab der Regierung die Gelegenheit zu besonders radikalen Entscheidungen, die innerhalb kürzester Zeit getroffen und umgesetzt werden konnten.

Das neue Verhältniswahlrecht wurde ausdrücklich mit der Erwartung eingeführt, dass es diese Art der Politikgestaltung zumindest erschweren, wenn nicht gar verhindern würde. Bislang scheint sich diese Erwartung zu erfüllen.

Die Kontrastierung des Extremfalls Neuseeland mit Deutschland, Großbritannien und Schweden hat diese Schlussfolgerungen im Großen und Ganzen bestätigt.<sup>5</sup> Es zeigte sich, dass ähnlich weit reichende Kürzungen nur noch in Großbritannien unter Margaret Thatcher durchgeführt worden waren (und zwar unter ganz ähnlichen politisch-institutionellen Bedingungen). Was die Parteienthese angeht, so wurde ersichtlich, dass Christdemokraten und gemäßigt bürgerliche Regierungen (wie etwa in Schweden) weit weniger radikale Einschnitte durchführen, selbst wenn die wirtschaftliche Lage und die institutionellen Weichenstellungen dies vielleicht erwarten ließen. Die Trennlinie verläuft vielmehr zwischen säkular-konservativen, explizit anti-wohlfahrtsstaatlichen Kräften und all jenen moderaten und linken Parteien, die den „Sozialstaatskonsens“ anscheinend noch nicht aufgekündigt haben. Was politische Institutionen angeht, so war ein eher überraschender Befund, dass sich die Prägestärke „institutioneller Vetospieler“ (zweite Kammern, Verfassungsgerichte etc.) im Ländervergleich weitaus schwächer ausnahm als vorher angenommen. Die Erklärung „moderater“ Kürzungen ist vielmehr in erster Linie auf die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung und die Art der Regierung (Koalitions- oder Minderheitsregierung) zurückzuführen. Während in Neuseeland und Großbritannien konservative Einparteienregierungen – die meist noch nicht einmal auf einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen beruhten – sehr weit reichende Kürzungen durchführten, war dies nicht möglich, wenn solche Parteien in Koalitionen eingebunden oder aber moderate Parteien an der Macht waren. Doch gibt es auch Gemeinsamkeiten zwischen allen vier Ländern. Die Rolle ökonomischer und fiskalischer Faktoren wurde in der Vergangenheit von der Politikwissenschaft häufig nur am Rande untersucht. Die Untersuchung förderte jedoch zutage, dass wirtschaftliche Schwierigkeiten (insbesondere ein starker Anstieg der

<sup>5</sup> Die Ergebnisse können hier leider nicht im Detail vorgestellt werden (s. dazu ausführlich: Starke 2007, Kapitel 7 und 8).

Arbeitslosigkeit und Haushaltskrisen) eine notwendige Bedingung für Kürzungspolitik darstellen: Ohne Krise keine Kürzungen, könnte man, leicht verkürzt, sagen.<sup>6</sup>

Insgesamt hat die Untersuchung von Sozialstaatsrückbau in vier OECD-Ländern über einen Zeitraum von 30 Jahren hinweg eher die Thesen der „old politics“ bestätigt. Allerdings sind die Einflüsse politisch-institutioneller und sozio-ökonomischer Faktoren etwas komplexer als oft angenommen wird. Ein schlichtes „par-

<sup>6</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass es sich um einen rein funktionalistischen Mechanismus handelt. Zum einen gab es Krisen ohne nennenswerten Rückbau (z. B. Schweden Anfang der 1980er) und zum anderen lässt die Schwere der Krise keine Rückschlüsse auf die Reichweite von Kürzungen zu.

ties matter“ oder „It's the economy, stupid“ gibt die tatsächlichen Mechanismen nur unzureichend wieder.

#### Literatur

- Castles, Francis G., 2004: *The Future of the Welfare State: Crisis Myths and Crisis Realities*. Oxford: Oxford University Press.
- Easton, Brian (ed.), 1989: *The Making of Rogernomics*. Auckland: Auckland University Press.
- Hicks, Alexander; Zorn, Christopher, 2005: „Economic Globalization, the Macro Economy, and Reversals of Welfare: Expansion in Affluent Democracies, 1978-94“, *International Organization* 59 (3): 631-662.
- Iversen, Torben; Soskice, David, 2006: „Electoral Institutions and the Politics of Coalitions: Why some Democracies Redistribute More Than Others“, *American Political Science Review* 100 (2): 165-181.
- Korpi, Walter; Palme, Joakim, 2003: „New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975-95“, *American Political Science Review* 97 (3): 425-446.
- Pierson, Paul, 1994: *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Starke, Peter, 2006: „The Politics of Welfare State Retrenchment: A Literature Review“, *Social Policy & Administration* 40 (1): 104-120.
- Starke, Peter, 2007: *Radical Welfare State Retrenchment: A Comparative Analysis*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan (i. E.).

#### Peter Starke

Telefon: 0421/218-8739

Peter.Starke@sfb597.uni-bremen.de

Dr. Peter Starke ist seit 2003 Mitarbeiter im Projekt „Sozialpolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften“ des Sonderforschungsbereichs 597 „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597). Im Juni 2007 hat Peter Starke seine Promotion abgeschlossen; die Dissertation beschäftigt sich mit dem hier vorgestellten Thema radikaler sozialpolitischer Kürzungspolitik. Im Dezember 2007 wird sein Buch „Radical Welfare State Retrenchment: A Comparative Analysis“ bei Palgrave Macmillan erscheinen.

Zentrum für Sozialpolitik – Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Universität Bremen

## Abschied für Prof. Dr. Winfried Schmähl

Festveranstaltung am 11. Juli 2007 im Zentrum für Sozialpolitik

Am 11. Juli 2007 fand die letzte Sitzung des ZeS-Vorstands statt, an der Winfried Schmähl noch in „offizieller Funktion“ als Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung beteiligt war. Direkt danach hatte das ZeS eine kleine Veranstaltung ausgerichtet, an der der neu gewählte Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft, Prof. Dr. Jochen Zimmermann, teilnahm.

Die Verdienste von Winfried Schmähl, in erster Linie für den Fachbereich, aber auch für das Ansehen der gesamten Universität und für die sozialpolitische Forschung, standen im Mittelpunkt der Würdigung durch Jochen Zimmermann. Wie in allen folgenden Beiträgen wurden auch hier die unbeeinträchtigten Anstrengungen und Bemühungen Schmähls hervorgehoben, die Volkswirtschaftslehre und die wissenschaftliche Arbeit insgesamt auf die sozialpolitische Praxis zu beziehen und diese – zumeist voneinander getrennten – Welten zusammenzubringen, sie voneinander lernen zu lassen. Zum feierlichen Abschluss dieser Würdigung überreichte Herr Zimmermann als Dekan des Fachbereichs Herrn Schmähl die Entlassungsurkunde.

Im Anschluss skizzierte Frank Nullmeier, Sprecher des ZeS, noch einmal den Weg Winfried Schmähls im ZeS: 1989 nahm Schmähl, damals an der Freien

Universität Berlin, den Ruf als Professor für Wirtschaftswissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpolitik an die Universität Bremen an. Von Anfang an leitete er die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik und gehörte somit – neben Claus Offe – zu den von der VolkswagenStiftung erhofften zusätzlichen „Gründervätern“ dieses interdisziplinären Forschungszen-

trums. Die vielen Arbeiten Schmähls haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich das ZeS in Bremen als eine Forschungseinrichtung entwickeln konnte, die auch international hohe Anerkennung gewinnen konnte – und dies gleichzeitig in Wissenschaft und Praxis.

Auch Frank Nullmeier betonte, dass Schmähl – wie in seiner ganzen wissenschaftlichen Arbeit zuvor – im Zentrum für Sozialpolitik immer intensiv den Kontakt zur sozialpolitischen Praxis gesucht und gehalten habe. Mit seiner Präsenz in den entscheidenden Institutionen sozialpolitischer Willensbildung stehe Schmähl für den unabdingbar notwendigen Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis. Dieser – oft auch sehr persönliche – Einsatz sei für das ZeS von außerordentlicher Bedeutung gewesen und habe entscheidend dazu beigetragen, dass das ZeS seinen Anspruch habe umsetzen können, „anwendungsorientierte Grundlagenforschung“ zu leisten.

Im Folgebeitrag hob Stephan Leibfried, ebenfalls „Gründervater“ (und Initiator) des ZeS, hervor, wie unverzichtbar das inhaltliche Engagement Winfried Schmähls gerade heute sei: Schmähl stehe für die prinzipienfeste Verteidigung eines Sozialversicherungsstaats gegen Armut, wie sie sich in Deutsch-

land seit der Rentenreform von 1958 bis in die 1970er Jahre habe ausbilden können. Seine Arbeit an einer Geschichte der Rentenversicherungspolitik unterstreiche das noch einmal, denn er ziehe nun auch eine persönliche Bilanz zur Reichweite und den Gefahren dieser Entwicklung. In vielen Einzelbeiträgen warne Schmähl inzwischen vor Renten, die für große Bevölkerungsgruppen bald nicht mehr

„armutsfest“ ausfallen werden – und das wirke seit einigen Jahren nachhaltig in die Öffentlichkeit hinein. Auf solche Expertise könne auch in Zukunft nicht verzichtet werden.

Zum Abschluss sprach Winfried Schmähl: Sein Blick auf die Arbeit an der Universität Bremen, die Forschung im Zentrum für Sozialpolitik, habe einen sehr persönlichen zeitgeschichtlichen Ausgangspunkt gehabt. Für seinen Weg von Berlin nach Bremen sei die Entscheidung in einer „noch anderen Zeit“ gefallen – vor dem Fall der Berliner Mauer. Der Fall der Mauer habe auch ihn persönlich sehr bewegt; seine wissenschaftliche Arbeit habe der Mauerfall nachhaltig geprägt: Nicht nur wurden – zunächst nur in Berlin – Kontakte von Ost nach West möglich, nun aber von Bremen aus; es drängte sich zudem ein ganzes Bündel neuer Forschungsfragen auf, die sich aus der deutschen Vereinigung ergaben. Wie könnte, sollte, würde sich denn die Sozialpolitik in einem vereinigten Deutschland (anders) entwickeln? Und der Blick habe sich geweitet: die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften und Staaten, ihr Einbezug in die europäische Integration – all das habe in den ersten Jahren seiner Arbeit im ZeS die Themen bestimmt und einen Großteil der Forschungsprojekte ausgemacht. Oft habe die Alterssicherung im Vordergrund gestanden, aber immer seien auch andere Themen relevant gewesen. Schließlich bringe seine heutige Arbeit an der Geschichte der Sozialpolitik nach 1945 alle Themenstränge noch einmal zusammen.

Mit dieser kleinen Abschiedsveranstaltung wurde zunächst nur eine „formale“ Zäsur begangen: Mit dem Abschluss des Sommersemesters hat Winfried Schmähl die Arbeit an der Universität Bremen und damit auch im Zentrum für Sozialpolitik zwar „offiziell“ beendet. Mit seinem Projekt zur „Alterssicherungspolitik in Deutschland am Ende der Ära Kohl (1994-1998)“, gefördert von der Thyssen-Stiftung und durchgeführt im Zentrum für Sozialpolitik, wird Winfried Schmähl dem ZeS und der Universität Bremen allerdings weiter in der Forschung verbunden sein.

Mit einem kleinen Umtrunk und vielen Gesprächen ging die Veranstaltung in lockerer Atmosphäre zu Ende.



Winfried Schmähl, Stephan Leibfried, Herbert Obinger und Frank Nullmeier im Gespräch (v. l. n. r.)

Winfried Schmähl gehört zu denjenigen Mitgliedern des Zentrums für Sozialpolitik, die mit weit mehr als 30 Beiträgen besonders stark über und für die Arbeitspapiere des ZeS gewirkt haben. Wenngleich die Arbeitspapiere nur einen ganz kleinen Prozentteil der Veröffentlichungen Schmähls ausmachen, lassen sich an ihnen die wesentlichen Themenschwerpunkte ausmachen.

Im Einzelnen belegt dies die folgende Chronologie der Beiträge Winfried Schmähls zu den Arbeitspapieren des ZeS, die seit 1990 veröffentlicht werden:

- Viele Arbeiten weisen auf ein lang anhaltendes historisches Interesse (4/1991; 3/2007) hin, auf die frühe Präsenz der Vereinigung in seiner Forschung zur Sozialpolitik (10/1990; 3/1992), die frühe Beschäftigung mit der Öffnung nach Osteuropa, und die noch frühere mit der europäischen Integration (7/1991; 7/1993; 11/2003; 3/2005). Auch der internationale Vergleich bzw. die beratende Tätigkeit im Ausland leuchten auf (6/2002; 4/2007).

- Zwar steht die Alterssicherung im Zentrum der Aufmerksamkeit von Winfried Schmähl, aber das umfasst auch die Einwirkungen der technologischen Innovation (14/1991), die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten des Altersübergangs (2/1995; ein Detail: 7/2007), die Veränderungen im „public-private mix“ (5/1994), den Stadt-Land Kontrast (10/1999). Das Interesse zielt auf die ganze Breite der Demographie (4/1999), der Migration (5/95), der Familien- (8/1994; 10/2003) und der Lebenslaufpolitik (9/2007), und es gilt selbstverständlich auch anderen sozialen Sicherungen in der Pflegeversicherung (5/1992; 9/1995), der Krankenversicherung und vor allem auch der Gesamtfinanzierung der sozialen Sicherung und ihren alternativen Gestaltungsformen (21/1997; 19/1997; 5/2006). Das „quo vadis“ der Alterssicherung, die großen Wasserscheiden der letzten Jahrzehnte leuchten deutlich und nachhaltig auf (7/1997; 6/1997; 5/1998; 11/2002; 9/2003; 2/1990).

- Das Armutsthema, das Winfried Schmähls Arbeit mit den Grundkommensideen Claus Offes, den armutspolitischen Arbeiten Stephan Leibfrieds, den unterschiedlich ausgeprägten Gender- und Familienrisiken bei Ilona Ostner und Karin Gottschall und den erhöhten wie anderen Gesundheitsrisiken bei Rainer Müller und Heinz Rothgang verbindet, bildet bei Winfried Schmähl einen durchgehenden, immer stärker werdenden Arbeitsstrang (4/1991; 8/1992; 6/1992; 9/1998), dabei finden sich Arbeiten empirischer (6/1990; 9/1998), institutioneller (6/1992), strategischer (8/1992; 6/1992) und historischer (4/1991) Art.

2/1990

*Reformen der Rentenversicherung: Gründe, Strategien und Wirkungen. Das Beispiel der „Rentenreform 1992“*

6/1990

*Prozeßproduzierte Daten als Grundlage für sozial- und verteilungspolitische Analysen (zusammen mit Uwe Fachinger)*

10/1990

*Alterssicherung in der DDR und ihre Umgestaltung im Zuge des deutschen Einigungsprozesses*

4/1991

*Vermeidung von Armut im Alter durch eine obligatorische beitragsfinanzierte Mindestversicherung – Leopold Krugs Plan einer „Armenassekurranz“ von 1810*

7/1991

*Harmonization of pension schemes in Europe? – A controversial issue in the light of economics*

14/1991

*Technological Innovation and Contributory Social Security Financing*

3/1992

*Transformation and Integration of Public Pension Schemes – Lessons from the Process of the German Unification*

5/1992

*Zur Finanzierung einer Pflegeversicherung in Deutschland*

6/1992

*The flat-rate public pension in the German social policy debate – from the early 19th to the late 20th century*

8/1992

*Alternative Strategien für die Mindestsicherung im Alter in Deutschland*

7/1993

*Die europäische Dimension der Alterssicherung*

5/1994

*Occupational pension schemes in the private and public sector in the Federal Republic of Germany. An overview (zusammen mit Stefan Böhm)*

8/1994

*Familienorientierte Weiterentwicklung der staatlichen Alterssicherung in Deutschland*

2/1995

*Möglichkeiten zur Ausweitung der Lebensarbeitsphase und der Flexibilisierung des Übergangs in den Ruhestand in der deutschen Versicherungswirtschaft – die derzeitige Lage und Einschätzung für die Zukunft (zusammen mit Jutta Gatter)*

5/1995

*Migration und soziale Sicherung – über die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung: das Beispiel der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung*

9/1995

*The Long-term Costs of Public Long-term Care Insurance in Germany (zusammen mit Heinz Rothgang)*

5/1997

*Alterssicherung zwischen Vorsorge und Versorgung: Konzeptionen, Entwicklungstendenzen und eine Entwicklungsstrategie für die deutsche Alterssicherung*

7/1997

*Alterssicherung – Quo vadis?*

19/1997

*Finanzierung und Rentenversicherung – Beispiele für die Notwendigkeit einer integrierenden Sichtweise*

21/1997

*Financing of Social Security – Two Papers on the Instruments and Methods of Financing Social Insurance Schemes*

5/1998

*Thesen zur Sozialpolitik in Deutschland (zusammen mit Stephan Leibfried, Rainer Müller, Manfred G. Schmidt)*

...

...

9/1998

*Armut und Reichtum: Einkommen und Einkommensverwendung älterer Menschen* (zusammen mit Uwe Fachinger)

4/1999

*Steigende Lebenserwartung und soziale Sicherung – Tendenzen, Auswirkungen und Reaktionen*

10/1999

*Sozialpolitische Rahmenbedingungen für Alter(n) auf dem Lande: Ressourcen, Politikfelder und Entwicklungstendenzen*

6/2002

*Old-age Security in Bhutan – From lump-sum payments towards a pension scheme*

11/2002

*The „2001 Pension Reform“ in Germany – A Paradigm Shift and its Effects*

9/2003

*Dismantling the Earnings-Related Social Pension Scheme*

10/2003

*Family, Social Security and Social Insurance*

11/2003

*Erste Erfahrungen mit der „Offenen Methode der Koordinierung“: Offene Fragen zur „fiskalischen Nachhaltigkeit“ und „Angemessenheit“ von Renten in einer erweiterten Europäischen Union*

3/2005

*Nationale Rentenreformen und die Europäische Union – Entwicklungslinien und Einflusskanäle*

5/2006

*Aufgabenadäquate Finanzierung der Sozialversicherung durch Beiträge und Steuern – Begründungen und Wirkungen eines Abbaus der „Fehlfinanzierung“ in Deutschland*

3/2007

*Die Einführung der „dynamischen Rente“ 1957. Gründe, Ziele und Maßnahmen – Versuch einer Bilanz*

4/2007

*Reformen der Alterssicherung und der sozioökonomische Status Älterer in Großbritannien und Deutschland* (zusammen mit Jay Ginn und Uwe Fachinger)

7/2007

*Entgeltumwandlung und die Finanzen der Sozialversicherung – ein Problemaufriss*

9/2007

*Soziale Sicherung im Lebenslauf – Finanzielle Aspekte in längerfristiger Perspektive am Beispiel der Alterssicherung in Deutschland*

Eine umfassende Bibliographie der Schriften von Winfried Schmähl enthält die Festschrift zum 60. Geburtstag:

**Fachinger, Uwe; Rothgang, Heinz; Viebrok, Holger** (Hg.), 2002: *Die Konzeption sozialer Sicherung: Festschrift für Winfried Schmähl zum 60. Geburtstag*. Baden-Baden: Nomos, 363-391.

Eine neuere Schrift zu Familienleistungen in der Alterssicherung erschien 2006:

**Schmähl, Winfried; Rothgang, Heinz; Viebrok, Holger**, 2006: *Berücksichtigung von Familienleistungen in der Alterssicherung. Analyse und Folgerungen aus ökonomischer Sicht*. DRV-Schriften, Bd. 65, herausgegeben von Deutsche Rentenversicherung Bund. Bad Homburg: wdv (ausführlich s. dazu ZeS report 2/2006, S. 19).

Eine Gesamtschau über die Arbeit der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung mit einem – auch persönlichen – Rückblick von Winfried Schmähl gibt der ZeS report 1/2007: „Ökonomische Forschung im Zentrum für Sozialpolitik von den Anfängen bis zum Jahre 2007“.

Gisela Hegemann-Mahlting  
Stephan Leibfried

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Zentrum für Sozialpolitik · Universität Bremen  
Barkhof, Parkallee 39 · 28209 Bremen

**Redaktion:** Dipl.-Soz. Gisela Hegemann-Mahlting

**Gestaltung:** Wolfgang Zimmermann, Sonja Rose

**Sekretariat:** Sonja Rose  
Tel.: 0421/218-4362 · Fax: 0421/218-7540  
srose@zes.uni-bremen.de

**Auflage:** 500

erscheint zweimal jährlich · ISSN-Nr. 1619-8115

# Entwicklungstendenzen und Aufgaben in der sozialen Sicherung

## 11. Universitätsseminar im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Wissenschaft und Praxis“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung am 13./14. Juli 2007 in Etelsen

Kurz vor dem Ausscheiden von Prof. Winfried Schmähl aus dem „aktiven Dienst“ fand am 13. und 14. Juli 2007 auf Schloß Etelsen bei Bremen das 11. Universitätsseminar der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik im Rahmen der Förderinitiative „Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung statt. Bei diesem Austausch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern war der inhaltliche Bogen mit „Entwicklungstendenzen und Aufgaben in der sozialen Sicherung“ weit gespannt und das Programm entsprechend dicht gedrängt.



Winfried Schmähl mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Etelsen

Nach der Begrüßung und Einführung von *Winfried Schmähl* standen zum Auftakt des von *Dr. Diana Seiler* moderierten Seminars zunächst internationale Aspekte der sozialen Sicherung im Vordergrund. So referierte *Dr. Michaele Schreyer* (EU-Kommissarin a.D.) über die soziale Dimension des Verfassungsvertrages für Europa und im Anschluss daran *Dr. Xenia Scheil-Adlung* (ILO Genf) über die spezifischen Probleme sozialer Sicherung im Gesundheitsbereich in Entwick-

lungsländern, wobei sie den Schwerpunkt auf Asien und Afrika legte. Der Vortrag von *Dr. Dita Vogel* (Universität Oldenburg) griff den Themenbereich soziale Sicherung und Illegalität auf und *Dr. Sabine Horstmann* (GVG Köln) den der Alterssicherungsreformen in den ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern sowie die damit bislang gemachten Erfahrungen. Der Übergang zur nationalen Ebene wurde dann von *Dr. Ralf K. Himmelreicher* und *Dr. Holger Viebrok* (beide DRV Bund) vollzogen, die sich in ihrem Vortrag auf der Grundlage von empirischen Daten mit dem Stand der Ost-West-Angleichung im Rentenversicherungssystem auseinandersetzten.

Bei der anschließenden Abendveranstaltung, die angesichts des guten Wetters erstmals im Garten des Schlosses stattfinden konnte, kam es zu einer Fortsetzung der nach allen Beiträgen geführten Diskussionen und einem intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern.

Am zweiten Tag des Seminars standen zu Beginn Reformen im Gesundheits- und Pflegewesen im Mittelpunkt, und zwar sowohl bereits durchgeführte als auch anstehende. *Dr. Klaus Jacobs* (WIdO Bonn) erläuterte die Eckpunkte der jüngsten Reform im Gesundheitswesen und zeigte Perspektiven der Krankenversicherung nach der Reform auf. *Prof. Dr.*

*Heinz Rothgang* (ZeS) widmete sich in seinem Beitrag der aktuell anstehenden Reform in der Pflegeversicherung und *Prof. Dr. Detlef Rüdiger* (FH Köln) behandelte in seinem Vortrag die Frage nach der „dritten Säule“ (also der Privatvorsorge) in der Krankenversicherung.

Den Abschluss des Seminars bildeten zwei kürzere Vorträge von *Hendrik Dräther* (WIdO Bonn) zu Aspekten der Aufgaben- und Finanzverflechtung zwischen Sozialversicherung und Bund und *Dr. Angelika Oelschläger* (ZeS) zu Entwicklungstendenzen in der betrieblichen Sozialpolitik.

Insgesamt gab es damit in den zwei Tagen des Seminars nicht nur sehr interessante Vorträge zu allgemeinen Themen und neueren Entwicklungstendenzen in der sozialen Sicherung sowohl auf der nationalen und internationalen Ebene, sondern auch einen intensiven Meinungsaustausch der Teilnehmer im Allgemeinen und zu den behandelten Themenfeldern.

Neben den bereits erwähnten Teilnehmern und Referenten nahmen teil: *Dr. Stefan Böhm* (BASF), *Dr. Rüdiger Meierjürgen* (Barmer Ersatzkasse), *Dr. Marlene Schubert* (ZDH Berlin), *Dr. Christina Stecker* (DRV Bund), *Prof. Dr. Uwe Fachinger* (Uni Vechta), *Jörg Sommer* und *Gabriele Stöhr* (ZeS).

### Kontakt

Angelika Oelschläger  
Telefon: 0421/218-4379  
oe@zes.uni-bremen.de

# Tagung des Wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Sozialpolitik

am 10./11. Mai 2007 in Bremen

Die diesjährige Beiratssitzung des Zentrums für Sozialpolitik stand vor allem unter dem Vorzeichen weitreichender – zum Teil bereits vollzogener, andererseits noch ausstehender – Veränderungen:

- *Rainer Müller*, langjähriger Sprecher des ZeS und Leiter der Abteilung „Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin“, hat das ZeS (in den „Ruhestand“) verlassen; die Leitung dieser Abteilung hat Heinz Rothgang, in Kooperation mit Gerd Glaeske, übernommen. Damit ist ein inhaltlicher Neuzuschnitt verbunden, der in der veränderten Namensgebung der Abteilung – „Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung“ – sichtbar wird.<sup>1</sup>
- In der Abteilung „Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates“ ist Herbert Obinger ebenfalls zum Abteilungsleiter – weiterhin in Kooperation mit Stephan Leibfried – berufen worden, sodass auch diese Abteilung für die Zukunft abgesichert ist.
- Mit Ablauf des Sommersemesters ist auch Winfried Schmähel, Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ZeS, aus dem Dienst ausgeschieden. Die Nachfolge ist bislang nicht geregelt – eine unbefriedigende und für das ZeS kaum tragbare Situation.

*Frank Nullmeier*, seit März neu gewählter Sprecher des ZeS und Nachfolger von Rainer Müller im Sprecheramt, gab einen Überblick über diese und weitere „Eckpunkte“. Die Wirksamkeit des ZeS spiegelt sich nicht nur in den einzelnen Arbeiten der Abteilungen – Projekte, Veröffentlichungen u. a. – wider, sondern hat sich ganz wesentlich auch in Erfolgen niedergeschlagen, die für die Universität insgesamt eine Stärkung sozialwissenschaftlicher Forschungsverbünde bedeuten; hier ist vor allem auf den Sonderforschungsbereich "Staatlichkeit im Wandel" (Sfb 597) und die Graduate School of Social Sciences (GSSS) hinzuweisen.

*Heinz Rothgang* und *Gerd Glaeske* stellten Profil und Forschungsschwerpunkte der – neu benannten – Abteilung

„Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung“ vor<sup>2</sup>; *Herbert Obinger* präsentierte unter dem Thema „(Netto-)Sozialausgaben: Bestimmungsfaktoren und Wirkungen im internationalen Vergleich“ einen zentralen Forschungsbereich der Abteilung „Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates“.<sup>3</sup>

Ein Höhepunkt der Sitzung war der öffentliche Vortrag von *Prof. Dr. Eckhard Knappe*, Universität Trier und Mitglied des ZeS-Beirats. Knappe referierte zum Thema „Gesundheitsreformen im Konflikt zwischen nachhaltiger Finanzierung, Effizienz und sozialem Ausgleich“. Darin skizziert Knappe die aktuelle Reformdiskussion um das deutsche Gesundheitswesen. Dieses müsse sich vor allem an den Kriterien „Nachhaltige Finanzierung“, „Effizienz der Leistungserbringung und Abdeckung des Krankheitsrisikos“ sowie „zielführender Sozialausgleich“ messen lassen. Anhand dieser Zielvorgaben unterzieht Knappe – vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion – das System der Gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland einer kritischen Analyse. Die scharfsinnig und teilweise provokant vorgetragenen Schlussfolgerungen führten zu einer lebhaft interessierten Diskussion – und dem Wunsch, die vorgestellte Analyse einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Der Vortrag wurde deshalb bereits in der Reihe der ZeS-Arbeitspapiere veröffentlicht.<sup>4</sup>

*Prof. Dr. Barbara Riedmüller*, Vorsitzende des Beirats, bestätigte die positive Bilanz: Die überzeugende Drittmittelübersicht, die Verbindung von anwendungs- und grundlagenbezogener Forschung, die Nähe der Arbeiten zu aktuellen sozialpolitischen (Reform-)Debatten sowie auch die Präsenz in einschlägigen wissen-

schaftlichen Diskursen; überzeugend sei auch der komparative Ansatz und die europäische Vernetzung wie auch die Beteiligung an Exzellenzinitiative, an GSSS und Sfb, womit das ZeS eine prägende Rolle für die Sozialwissenschaften in der Universität Bremen eingenommen habe; auch der neue Zuschnitt der Gesundheitswissenschaftlichen Abteilung wird als lohnend und überzeugend wahrgenommen.

Problematisch sieht der Beirat – wie auch das ZeS – die noch offene Nachfolge für die Leitung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung nach der Pensionierung von Herrn Schmähel. Sozialpolitikforschung ohne Ökonomie sei nicht vorstellbar. Angesichts der bundesweiten Tendenz, die Sozialpolitik aus der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zu verdrängen, habe das ZeS und die Universität Bremen hier eine besondere Aufgabe.

*Gisela Hegemann-Mahltig*  
*Frank Nullmeier*

*Dem Beirat des ZeS gehören an: Prof. Dr. Jochen Clasen, University of Edinburgh; Prof. Dr. Eckhard Knappe, Universität Trier; Staatsrat a. D. Dr. Arnold Knigge, Bremen; Prof. Dr. Barbara Riedmüller, Freie Universität Berlin (Vorsitzende); Prof. Dr. Franz Ruland, München; Prof. Dr. Jürgen Wasem, Universität Duisburg Essen; Prof. Dr. Annette Zimmer, Westfälische Wilhelms-Universität Münster.*

*Jochen Clasen und Jürgen Wasem nahmen als neu berufene Beiratsmitglieder erstmalig an einer Beiratssitzung teil. Annette Zimmer wurde erst nach dieser Sitzung in den Beirat berufen und hat an dieser Sitzung noch nicht teilnehmen können.*

*Als Gäste nahmen auch Vertreter/innen des Rektorats und der senatorischen Behörden an der Beiratssitzung teil: Prof. Dr. Angelika Bunsegerstner, Konrektorin für Forschung und wiss. Nachwuchs; Dr. Ursula Niebling, Senator für Bildung und Wissenschaft, Bremen; Dr. Joachim Schuster, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen.*

1 Eine ausführliche Darstellung des Abteilungsprofils und der einzelnen Arbeitsbereiche enthält auch der ZeS report 2/2006.

2 Siehe auch ZeS report 2/2006.

3 Der Beitrag von Herbert Obinger sowie weitere Arbeiten der Abteilung „Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates“ sind inhaltlicher Schwerpunkt dieser Ausgabe des ZeS report (s. Seite 1ff.).

4 Knappe, Eckhard, 2007: *Gesundheitsreformen im Konflikt zwischen nachhaltiger Finanzierung, Effizienz und sozialem Ausgleich*. ZeS-Arbeitspapier Nr. 8/2007. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.

# Gleichstellung ohne Vereinbarkeit – Vereinbarkeit ohne Gleichstellung?

3. Gleichstellungstagung der Hans-Böckler-Stiftung 2007  
am 27./28. September 2007 in Berlin

Die familienpolitische Hochkonjunktur hält an. Unter Rot-Grün wurde – unter dem Stichwort der ‚nachhaltigen Familienpolitik‘ – der Erziehungsurlaub zur Elternzeit umgebaut, dann ein Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern eingeführt und schließlich das Tagesbetreuungsausbaugesetz verabschiedet. Die neue Bundesfamilienministerin legt nach und knüpft an den Plänen der rot-grünen Koalition an: Der Einführung des neuen einkommensabhängigen Elterngeldes 2007 folgt derzeit die Festschreibung eines Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz und dessen Umsetzung bis 2013. Sogar die Wirtschaftsvertreter fordern mittlerweile den Ausbau der Kinderbetreuung und an den lokalen Bündnissen für Familie beteiligen sich auch die DGB-Gewerkschaften. Evaluierungen zeigen erste, wenngleich geringe Erfolge: Die Quote der Kinder unter drei Jahren in öffentlich geförderter Betreuung ist erstmalig um einige Prozentpunkte angestiegen, ebenso wie der Anteil der Väter, die zumindest zeitweise die Versorgung ihrer Kinder im Rahmen der Elternzeit übernehmen. Tatsächlich wird mit diesen Aktivitäten ein Teil dessen eingelöst, was FrauenpolitikerInnen seit den siebziger Jahren fordern. Aber wie ist diese neue Strategie aus frauen- und gleichstellungspolitischer Perspektive zu bewerten?

Die 3. Hans-Böckler-Gleichstellungstagung fand Ende September in Berlin unter Beteiligung von rund 180 gleichstellungspolitischen AkteurInnen und Interessierten statt und thematisierte in diesem Jahr das Verhältnis zwischen Gleichstellungs- und Vereinbarkeitspolitik. Die Tagung zielte darauf, den gesellschaftlichen Wandel als Rahmenbedingung für den politischen Wandel zu beschreiben (Block 1), die empirischen Befunde über die Feinmechanismen der Entstehung von Ungleichheiten zusammen zu tragen (Block 2, 3 und 4) und schließlich den möglichen Beitrag der Vereinbarkeitspolitik zur Gleichstellung von Frauen und Männern auszuloten (Block 5).

Prof. Dr. Karin Gottschall, ZeS, betonte im ersten Einleitungsreferat, dass sich der gesellschaftliche Wandel anhand dreier Dimensionen beschreiben ließe: die Erosion der Geschlechterrollen, die mit einer

Veränderung der geschlechterspezifischen Erwerbsbiographien einhergehe, die Veränderung von Erwerbsformen und Arbeitsorganisation, die die Grenzen zwischen Arbeit und Leben verschwimmen ließen und die Pluralisierung von Lebensformen, die die sozialen Erwartungen an Männer und Frauen veränderten. Eine größere Gleichheit zwischen Frauen und Männern seien jedoch keine zwangsläufige Konsequenz dieser Veränderungen, vielmehr würden sich alte und neue Ungleichheiten überlagern, deren Bekämpfung auch weiterhin politische Bemühungen verlangten.

Im zweiten Einleitungsreferat führte Dr. Karin Jurczyk, Leiterin der Abteilung Familie und Familienpolitik am Deutschen Jugendinstitut e.V., München, aus, dass im Hinblick auf die demographischen und sozialen Veränderungen in der Familienpolitik durchaus Fortschritte zu verzeichnen seien, die im 7. Familienbericht erstmals auch in gleichstellungspolitischer Perspektive reflektiert würden. Zwei Überlegungen zogen sich durch alle Beiträge und Diskussionen. Erstens, erschöpfe sich die Politik zur Gleichstellung der Geschlechter nicht in der Vereinbarkeitspolitik, weil diese andere relevante Handlungsfelder unberührt ließe. Zweitens, und diese Erkenntnis bildete den Bogen zwischen der Einführung von Prof. Dr. Heide Pfarr, Hans-Böckler-Stiftung,

und der abschließenden Podiumsdiskussion, bliebe Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe, so dass es in Zukunft verstärkt um die Koordination zwischen den verschiedenen Politikbereichen und ein verbessertes Zusammenspiel aller gleichstellungs- und sozialpolitischer AkteurInnen gehen müsse.

Im Rahmen der Tagung wurden drei Handlungsfelder vertieft diskutiert: die betriebliche Praxis der Freistellung und Wiedereingliederung von Eltern, die familiären Aushandlungsprozesse entlang individueller Zeitstrukturen, sowie die Organisation und Finanzierung von Pflegearbeit. Die empirischen Forschungsergebnisse machten den ausdifferenzierten Stand der Gleichstellungsforschung deutlich.

Prof. Dr. Hildegard Nickel, Humboldt-Universität Berlin, beschrieb die neue betriebliche Praxis als ambivalent, da einerseits die tendenzielle „Verbetrieblichung“ und „Vermarktlichung“ sozialer Kompetenzen und Ressourcen zur Eröffnung neuer Erwerbschancen für Frauen führe. Andererseits würde aber die Privatheit stärker durch die ArbeitnehmerInnen selbst als solche definiert und Vereinbarkeitsprobleme als individuelle wahrgenommen und damit als Gegenstand betrieblicher und beschäftigungspolitischer Strategien dethematisiert. Zwar sei eine (zaghafte) Öffnung

## Zum Weiterlesen und Vertiefen

- Bothfeld, Silke; Klenner, Christina, 2007: *(Was) Kann Familienpolitik zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen?*, Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen, Heft 10 (i. E.) – mit Beiträgen von Christina Klenner, Karin Jurczyk, Anneli Rüling, Anne Lise Ellingsaeter/Arnlaug Leira, Helma Lutz, Hildegard Theobald, Claudia Menne und Christina Stockfisch.
- Bothfeld, Silke; Kuhl, Mara, 2008: „Gleichstellungspolitik und feministische Politikwissenschaft – eine „unsichtbare Avantgarde“ der Governance-Forschung?“, in: Gunnar F. Schuppert; Michael Zürn (Hg.), *Governance-Forschung*. PVS-Sonderheft. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften (i. E.).
- Koch, Angelika, 2007: „Teilzeitregelung in Führungspositionen für Beschäftigte mit Kindern“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (7): 21-26.
- Nickel, Hildegard Maria, 2007: „Tertiarisierung, (Markt-)Individualisierung, soziale Polarisierung – neue Konfliktlagen im Geschlechterverhältnis?“, in: Brigitte Aulenbacher; Maria Funder; Heike Jacobsen; Susanne Völker (Hg.), *Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 27-44.
- Rüling, Anneli, 2007: *Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Wotschack, Philip; Wittek, Ralf, 2006: *Negotiating Work and Household Demands*. WZB Discussion Paper SP I 2006-110 (download unter: <http://skylla.wzb.eu/pdf/2006/i06-110.pdf>, 10.10.2007).

und zunehmende Sensibilisierung für familien- und gleichstellungspolitische Probleme zu beobachten, inwiefern aber die personalpolitische Entdeckung des spezifisch weiblichen Arbeitsvermögens die Chancen zur Durchsetzung gleichstellungspolitischer Interessen erhöhe, müsse sich erst erweisen.

Mit welchen Problemen die Umsetzung gesetzlicher Regelungen in der betrieblichen Praxis zu kämpfen hat, zeigt *Dipl.-Pol. Angelika Koch*, Universität Duisburg-Essen, mit ihren Forschungsergebnissen zur Umsetzung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes für Personen in Führungspositionen (Vortrag wegen Krankheit ausgefallen). Als weiterer zentraler Aspekt bei der Verhinderung von Gleichstellung erweisen sich die Aushandlungsprozesse in Familien.

*Dr. Philip Wotschack*, Wissenschaftszentrum Berlin, berichtete auf Basis einer quantitativen Untersuchung in den Niederlanden, dass das Selbstverständnis der an den Geschlechterrollen orientierten Arbeitsteilung zunehmend durch Aushandlung und Regulierung zwischen den PartnerInnen ersetzt würde. Konflikte zwischen PartnerInnen ebenso wie die jeweiligen Konfliktstrategien blieben jedoch alten Rollenmustern verhaftet: die traditionellen Vorstellungen und Praktiken dienten nach wie vor als Orientierungsmuster und ‚Wegweiser‘ für das Verhalten der PartnerInnen. Und: Männer und Frauen seien dann in Aushandlungsprozessen und der Durchsetzung eigener Arbeitszeitwünsche gegenüber dem/der PartnerIn am erfolgreichsten, wenn ihre Konfliktstrategien geschlechtertypischem Verhalten folgen.

*Dr. Anneli Rüling*, Universität Göttingen und Institut für Sozialwissenschaftlichen Transfer, Sowitra, Berlin, beschrieb auf Basis qualitativer Interviews in Deutschland die Aushandlung scheinbar individueller Arrangements von Eltern als typische „Traditionalisierungsfallen“. Männer wie Frauen würden sowohl naturalisierende Vorstellungen als auch egalitäre Ansprüche in ihre Selbstbilder und ihr Alltagshandeln integrieren und dabei diskursiv und handlungspraktisch geschlechtsspezifische Verantwortlichkeiten reproduzieren. Institutionelle Rahmenbedingungen würden vermittels monetärer Anreize oder normativer Orientierungen mittelbar und zu meist unbewusst auf diese Prozesse einwirken.

Einen alternativen Vorschlag zu ei-

ner Betreuungsgeldregelung – wie sie derzeit auch in Deutschland diskutiert wird – stellte *Prof. Dr. Ulla Björnberg*, Universität Göteborg, als Beispiel einer geschlechtergerechten institutionellen Regelung vor. Im Prinzip ähnelt das Modell der „Elternkurzarbeit“, die die deutschen Grünen 1990 vorstellten. Nach dem schwedischen Vorschlag sollen Eltern mit Kindern bis zum Alter von acht Jahren einen Lohnersatz für eine Arbeitszeitverkürzung von fünf Stunden pro Woche erhalten. Dabei soll die Lohnersatzrate für das erste Gehalt 30%, und für das zweite (oder höhere) Gehalt 90% betragen (Equality-Bonus), so dass ein besonderer Anreiz für Männer entstünde, die bezahlte Arbeitszeitverkürzung zu beanspruchen. Eine solche Regelung zielt darauf, die Arbeitsbelastung für Eltern insgesamt zu vermindern und eine egalitäre Arbeitsteilung zu unterstützen.

Die Probleme, die das ‚Outsourcen‘ der Pflege- und Betreuungsarbeit an Dritte mit sich bringt, wurden im 4. Block am Beispiel der Altenpflegearbeit diskutiert. Auf Basis ihrer Forschungsergebnisse über ArbeitsmigrantInnen, illustrierte *Prof. Dr. Helma Lutz*, Universität Münster, die dringende Notwendigkeit einer klaren und guten gesetzlichen Regelung der Arbeitsmigration im Pflegebereich. Die Erteilung von Arbeitserlaubnissen nach dem Entsendegesetz liege in einer rechtlichen Grauzone und öffne der Entwicklung sozial prekärer Beschäftigungsverhältnisse die Tür. Die Vermittlung von ausländischen Pflegekräften über die Bundesagentur würde – trotz des wachsenden Bedarfs – an den hohen (und privat zu tragenden) Kosten scheitern. *Prof. Dr. Hildegard Theobald*, Universität Vechta, zeigte am Beispiel Schwedens, dass die Berufe der Altenpflege im höheren Maße reguliert, und in verschiedenen Tätigkeits- und Qualifikationsstufen ausdifferenziert sind. Die frühe Entwicklung der sozialen Dienste habe zwar zu einer hohen Segregation im Arbeitsmarkt geführt, insgesamt jedoch zur Realisierung des hohen Beschäftigungsniveaus der schwedischen Frauen beigetragen.

Die abschließende Analyse der Gleichstellungs- und Vereinbarkeitspolitik von *Dr. Silke Bothfeld*, Referentin für Arbeitsmarktpolitik am WSI, z. Zt. Wissenschaftliche Mitarbeiterin im ZeS, machte noch einmal die Handlungsansätze für die Politik deutlich. Gleichstellungspolitik zu verstehen, verlange eine Abkehr von der Sichtweise eines hierarchischen,

durch staatliche Akteure gesteuerten Politikfeldes und die Identifikation der relevanten sozialen und politischen Regulierungen sowie der Interdependenzen zwischen ihnen (Governance-Perspektive). Dementsprechend verfolge eine effektive Gleichstellungspolitik drei Ziele: die Förderung der Partizipation gleichstellungspolitischer Akteure aller Ebenen an der Formulierung, der Implementation und der Evaluation von Instrumenten, eine stärkere Koordinierung zwischen den Politikfeldern zur Bearbeitung der Interdependenz der Handlungsfelder und die Ausarbeitung eines gesetzlichen Rahmens, der gleichstellungspolitischen Akteuren einen Handlungsspielraum ‚im Schatten der Hierarchie‘ bietet und diese mit neuen Machtressourcen ausstattet.

Die geladenen politischen Akteure der Abschlussrunde zeigten in ihren Berichten aus der eigenen Praxis, dass es keinesfalls an Engagement und Initiativen der gleichstellungspolitischen Akteure fehlt und viele Aktivitäten bereits verfolgt werden. Die Leiterin der Abteilung ‚Gleichstellung‘ des BMFSFJ, *Eva Welskop-Deffaa*, bekannte sich zu der Notwendigkeit, das Thema der Entgeltgleichheit wieder auf die bundespolitische Agenda zu bringen und verwies auf die europapolitischen Aktivitäten in dieser Frage. *Prof. Dr. Dagmar Schiek*, Universität Leeds/GB, unterstrich diese Notwendigkeit mit einer kurzen Analyse des neuen AGG und kritisierte zudem das neue Elterngeldgesetz als Element einer konservativen Politikstrategie. Die gewerkschaftlichen AkteureInnen zeigten in ihren Berichten, dass Gleichstellung und Vereinbarkeit grundsätzlich zusammengedacht würden und der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten keinesfalls auf den familienpolitischen Initiativen liege.

*Claudia Menne*, Leiterin der Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik des DGB, betonte die Doppelstrategie des DGB, Familien- und Gleichstellungspolitik gleichermaßen zu betreiben. *Jan Eulen*, Bezirksleiter der IG BCE Hamburg, machte deutlich, dass seine Gewerkschaft zumindest dem Thema Vereinbarkeit durch dessen Ansiedlung bei der Bezirksleitung einen hohen Stellenwert einräumt und betonte, dass hierdurch eine Sensibilität für geschlechterpolitische Fragen generell in der Organisation geschaffen würde. In der IG Metall werden gleichstellungspolitische Erwartungen vor allem mit der Umsetzung des neuen Entgeltrahmenvertrages (ERA) verknüpft, wobei

gleichzeitig betriebliche Initiativen zur Förderung der Vereinbarkeit betriebl. Würden, wie *Astrid Knüttel* aus dem Funktionsbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik der IG Metall berichtete. Das ver.di mit einem eigenen Bereich für „Genderpolitik“ – zusätzlich zum Bereich „Frauen- und Gleichstellungspolitik“ – die ausdifferenziertesten Strukturen besitzt, machte *Matthias Lindner* klar, der als Bereichsleiter Genderpolitik von den innovativen Aktivitäten berichtete, die eben genau an der Bekämpfung der intuitiven Zuschreibung geschlechterstereotypen Verhaltens ansetzen.

Insgesamt wurde deutlich, dass die Vereinbarkeitspolitik – neben der ‚alten‘ Frauen- und Gleichstellungspolitik – auf allen Ebenen ‚angekommen‘ ist und als „Rückenwind“ für die Lösung gleichstellungspolitischer Fragen genutzt werden kann. Inwiefern es jedoch gelingt, durch eine verstärkte gesetzliche Regulierung nun auch die Handlungsspielräume gleichstellungspolitischer Akteure (wieder) zu vergrößern, bleibt ein politisches Problem. Eine zentrale Frage wurde von Seiten des Auditoriums angesprochen: Kann Gleichstellungspolitik überhaupt (weiterhin) ohne den Bezug auf grundlegende normative Werte wie Autonomie, Würde und Gleichheit auskommen?

### Kontakt

Silke Bothfeld  
Telefon: 0421/218-4396  
sbothfeld@zes.uni-bremen.de

### SPD-Delegation im ZeS

Eine Delegation der Kreisfraktion der SPD des Rheinisch-Bergischen Kreises machte während eines mehrtägigen Bremen-Aufenthalts am 18. Mai 2007 Station im Zentrum für Sozialpolitik. Der Bremen-Besuch diente dazu, Informationen über Kommunalpolitik und die wirtschaftliche Situation Bremens zu sammeln.

Thema des Besuchs waren Fragen des demographischen Wandels. Die Diskussion wurde durch ein Referat von Prof. Dr. Rainer Müller eingeleitet. Des Weiteren referierte Sarah Mümken vom Graduiertenkolleg „NutzerInnenorientierte Gesundheitsversorgung“ über prekäre Arbeitsverhältnisse. An die Vorträge schloss sich eine lebhafte Diskussion an.

### Kontakt

Sarah Mümken  
Telefon: 0421/218-2827  
smuemken@uni-bremen.de

## Arzneimittelanwendungsforschung

# ALTERN IN UNSERER GESELLSCHAFT – NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN

2. Medizinkongress der Gmünder ErsatzKasse GEK und des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen  
am 25. September 2007 in Berlin

Bereits zum zweiten Mal wurde der Medizinkongress der GEK in Kooperation mit der Universität Bremen, unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Gerd Glaeske vom Zentrum für Sozialpolitik, durchgeführt.

Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Bevölkerung standen insbesondere medizinische Aspekte des Alterns und die damit verbundenen Herausforderungen an unser Gesundheitssystem im Mittelpunkt des Kongresses.

Der Vorstandsvorsitzende der GEK, *Dieter Hebel*, verwies bei der medizinischen Versorgung älterer Menschen vor allem auf die Bereiche Prävention und Gesundheitsförderung. *Dr. Thomas Schürholz*, Leiter des medizinischen Versorgungsmanagements der GEK, stellte konkrete Strategien und Fördermöglichkeiten der GEK für eine verbesserte Versorgung älterer Menschen vor. Mit *Gerd Glaeske* und *Prof. Dr. Adelheid Kuhlmei* waren zwei Mitglieder des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen anwesend. Der Vortrag von *Gerd Glaeske* griff Fragestellungen nach notwendigen Veränderungen in der medizinischen geriatrischen Versorgung auf, während *Adelheid Kuhlmei*, Charité-Universitätsmedizin Berlin, über die Notwendigkeit von mehr Kooperation und mehr Qualität bei der Versorgung älterer Menschen referierte, auch und vor allem unter Einbeziehung anderer Gesundheitsberufe, insbesondere aus dem Pflegebereich. *Prof. Dr. Ferdinand M. Gerlach*, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt, thematisierte Chronic care als neue Herausforderung in der Allgemeinmedizin und *Prof. Dr. Andreas Kruse*, Universität Heidelberg, erörterte, inwieweit ältere Menschen im Versorgungssystem benachteiligt sind. Einblicke in neurodegenerative Erkrankungen am Beispiel der Demenzerkrankungen und des M. Parkinson gab *Prof. Dr. Peter Berlit*, Alfried Krupp Krankenhaus, Essen. Die Geschäftsführerin der Deutschen

Alzheimer Gesellschaft, *Sabine Jansen*, berichtete zur Lebenssituation von Demenzerkrankten und ihren Angehörigen und *Prof. Dr. Jürgen Windeler*, Medizinischer Dienst der Spitzenverbände der Krankenkassen (MDS), zu praktischen Erfahrungen und Perspektiven des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen in der Pflegeversicherung und der Einstufung des Pflegebedarfs. Als weitere Referentin stellte *Dr. Marie-Luise Müller*, Deutscher Pflegerat (DPR), Zukunftsaspekte der Pflege und Konzepte des DPR vor. Abschließend diskutierte *Dr. Katrin Janhsen*, ZeS, Universität Bremen, die Optimierung der Arzneimitteltherapie bei älteren Menschen.

Der mit 160 Fachleuten aus Medizin und Gesundheitswesen sehr gut besuchte Kongress führte zu einem anregenden Diskussionsaustausch unter den Beteiligten. Einigkeit bestand in der Forderung nach einer verbesserten Versorgung älterer Menschen. Wir brauchen ein Gesundheitswesen, das in Qualität und Patientenorientierung durch besondere Behandlungs- und Betreuungskonzepte diesen Patientinnen und Patienten gerecht wird. Gesundheitsförderung und Prävention sowie Kooperationen unter den Gesundheitsberufen und allen Beteiligten im Gesundheitswesen sollten verstärkt werden. Eine geriatrische Orientierung der Medizin ist ein Schritt in eine Zukunft, die auch älteren Menschen eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung sichert.

Für weitergehende Informationen stehen die Beiträge der Referenten und die Ergebnisse des Kongresses auch im kommenden Jahr wieder in einer Kongressdokumentation zur Verfügung.

### Kontakt

Cornelia Trittin  
Telefon: 0421/218-4995; 4378  
c.trittin@zes.uni-bremen.de

## Barkhofgespräche

# 10 Jahre Vulkan-Pleite: Was ist aus den Menschen geworden? Eine arbeits-, sozial- und gesundheitswissenschaftliche/-politische Bilanz

Veranstaltung der Akademie für Arbeit und Politik (AAP) und des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS)  
am 18. September 2007 in Bremen

Die Barkhofgespräche werden in loser Folge von der Akademie für Arbeit und Politik zu aktuellen Themen im Barkhof, dem „Sitz“ der Akademie und des Zentrums für Sozialpolitik, veranstaltet. Anlässlich einer neuen Studie über die arbeits-, sozial- und gesundheitswissenschaftlichen Folgen der Vulkan-Pleite hat sich das Barkhof-Gespräch im September dieses Themas angenommen.

Unter der Moderation von PD Dr. Erhard Tietel (AAP) diskutierten Dr. Wolfgang Hien (Forschungsbüro für Arbeit Gesundheit und Biographie), Rolf Spalek (ehemaliger Vulkan-Betriebsrat), Jürgen Seippel (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt), Prof. Dr. Helmut Spitzley (Universität Bremen) und PD Dr. Uwe Helmert (ZeS) die Ergebnisse der im Auftrag des Verein „Arbeit und Zukunft e. V.“ durchgeführten sozialwissenschaftlichen Studie über die Konsequenzen der 10 Jahre zurückliegenden Vulkan-Pleite für die ehemaligen Mitarbeiter der Werft.

Ein zentrales Ergebnis der Studie besagt, dass auch nach 10 Jahren weiterhin vor allem die älteren

ehemaligen Vulkanesen in gesundheitlicher, psychischer und materieller Hinsicht die Leidtragenden der Werftschließung sind. Sie wurden entgegen anders lautender blumiger Versprechen seitens der Politik und auch der Gewerkschaften allein ihrem Schicksal überlassen. Seitens der Betroffenen auf dem Podium und im Plenum wurde insbesondere darauf verwiesen, dass bei vorliegenden chronischen arbeitsbedingten Erkrankungen mangelnde Unterstützung durch institutionelle Akteure wie Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Arbeitsverwaltung und ärztliche Gutachter dazu beigetragen hat, dass der Chronifizierungsprozess von Erkrankungen beschleunigt wurde. Vielfach angesprochen wurde das entwürdigende „Spießrutenlaufen“ vieler ehemaliger Vulkanesen durch den Behördendschubel. Hilfreich wäre es für die Betroffenen gewesen, wenn tatsächlich, wie vormals von der Politik versprochen, eine langfristig ausgerichtete und finanziell abgesicherte unabhängige Beratung für das komplizierte Feld der Beratung in Berufskrankheiten-Angelegenheiten gegeben hätte.



akademie für arbeit und politik  
der universität bremen

Verein zum Aufbau und zur Förderung  
Kirchlicher und  
gemeinnütziger Arbeitslosenprojekte

Arbeit und  
Zukunft e.V.

Hollseilken 75 28209 Bremen  
Telefon 0421/3481520  
Fax 0421/3481514  
aaz.forum@kirche-bremen.de



### Kontakt

Wolfgang Hien  
Telefon: 0421/6994077  
kontakt@wolfgang-hien.de

Uwe Helmert  
Telefon: 0421/218-4400  
uhelmert@zes.uni-bremen.de

Erhard Tietel  
Telefon: 0421/218-7779  
etietel@aap.uni-bremen.de

[www.wolfgang-hien.de](http://www.wolfgang-hien.de)  
[www.zes.uni-bremen.de](http://www.zes.uni-bremen.de)  
[www.aap.uni-bremen.de](http://www.aap.uni-bremen.de)  
[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)  
[www.kda-nordelbien.de](http://www.kda-nordelbien.de)  
[www.forum-arbeit.de](http://www.forum-arbeit.de)



**Hien, Wolfgang; Spalek, Rolf; Jousen, Ralph; von Schilling, Renate; Helmert, Uwe, 2007: Ein neuer Anfang wars am Ende nicht. Zehn Jahre Vulkan-Pleite: Was ist aus den Menschen geworden?**  
Hamburg: VSA- Verlag.

Das Buch ist für 6,80 € im Buchhandel oder im Zentrum für Sozialpolitik erhältlich

Mehr zum Buch s. auch Seite 26.

## Geschichte und Modernisierung der Sozialversicherungswahlen

Auf die Ausschreibung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für ein Gutachten zum Thema „Geschichte und Modernisierung der Sozialversicherungswahlen“ hatte sich eine fünfköpfige Bietergemeinschaft beworben, zu der auch zwei Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin des ZeS gehören: Tanja Klenk und Frank Nullmeier aus der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ sowie Bernard Braun aus der Abteilung „Gesundheitsökonomie,

Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung“ sind Mitglieder des Teams, das den Zuschlag für dieses Gutachten erhalten hat.

Außer einem kleineren Teil, der einen Blick auf die Geschichte der Sozialwahlen in Deutschland wirft, widmet sich die Studie hauptsächlich den Vorstellungen zur Reform der Sozialwahlen und der Selbstverwaltung.

### Kontakt

Frank Nullmeier  
Telefon: 0421/218-4051  
frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

Bernard Braun  
Telefon: 0421/218-4359  
bbraun@zes.uni-bremen.de

Tanja Klenk  
Telefon: 0421/218-4370  
tklenk@zes.uni-bremen.de

## Bund und Kommunen in der Umsetzung von ‚Hartz IV‘: Die institutionelle Fortentwicklung des SGB II als politischer Lernprozess

Mit der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II durch Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Arbeitsagenturen bzw. in alleiniger Trägerschaft von „Optionskommunen“ wird in der Arbeitsmarktpolitik Neuland betreten, das für systematische Lernprozesse genutzt werden kann.

Die Universität Bremen möchte die wissenschaftliche Erfahrung mit politischen Reform- und Lernprozessen mit den Erfahrungen der Evangelischen Akademie Loccum bei der Gestaltung von Diskurs- und Mediationsprozessen zusammenführen, um

einen für die Kommunikation zwischen Führungs- und Fachkräften aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen geeigneten Rahmen zu erproben.

Die VolkswagenStiftung hat dazu ein Dialogprojekt bewilligt; es wird vom ZeS in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum durchgeführt.

Das Projekt wird von Frank Nullmeier geleitet; als wissenschaftlicher Mitarbeiter wird Dr. Joachim Lange das Projekt bearbeiten.

### Kontakt

Frank Nullmeier  
Telefon: 0421/218-4051  
frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

Joachim Lange  
Telefon: 0421/218-4398  
j.lange@zes.uni-bremen.de

## Verbesserung der Effektivität und Effizienz der ambulanten häuslichen Pflege

Systematisches evidenzbasiertes Qualitätsmanagement sowie Optimierung von Geschäftsprozessen und Ressourcenplanung sind das Ziel eines Projekts, das in Kooperation mit der Fachhochschule im DRK (Prof. Dr. Günter Roth) durchgeführt wird. Das Projekt, eine cluster-randomisierte, kontrollierte Studie, wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert; die Leitung des Projekts liegt im Zentrum für Sozialpolitik bei Prof. Dr. Heinz Rothgang; Claudia Stolle und Lorraine Frisina, sind Mitarbeiterinnen in diesem Projekt.

Im Projekt sollen die Pflegekräfte ausgewählter Pflegedienste in der

Anwendung des international erfolgreich getesteten Instrumentes RAI (Resident Assessment Instrument) durch das Forschungsteam geschult werden. Das Instrument bietet eine genaue und zuverlässige Erfassung des Pflegebedarfs der untersuchten Klienten.

Neben der Analyse der Pflegequalität werden auch der Pflegeaufwand (Arbeitszeit) und Aspekte der Lebensqualität von Beschäftigten und Pflegebedürftigen erhoben. Dazu steht den Studienteilnehmern über ein Jahr ein pflegewissenschaftliches Forschungsteam beratend zur Verfügung.

### Kontakt

Claudia Stolle  
Telefon: 0421/218-9678  
cstolle@zes.uni-bremen.de

## Alterssicherungspolitik in Deutschland am Ende der Ära Kohl (1994-1998)

In der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung wird im Herbst diesen Jahres die Arbeit an einem von der Thyssen-Stiftung geförderten Projekt aufgenommen. Dieses Projekt, das von Prof. Winfried Schmähl geleitet wird, ist der detaillierten Untersuchung der Alterssicherungspolitik in Deutschland in den Jahren 1994 bis 1998 gewidmet.

Der für die Untersuchung gewählte Zeitraum resultiert daraus, dass in der Abteilung in den letzten Jahren in einem großen, interdisziplinär angelegten Projekt zur „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ der Bereich der Alterssicherung inzwischen bis zum Herbst 1994 bearbeitet wurde. Konzipiert und begleitet von einem Beirat renommierter Wissenschaftler und koordiniert vom Bundesministerium für Arbeit und dem Bundesarchiv sah dieses Projekt als Abschluss der Untersuchungen nach einem 50 Jahre umfassenden Zeitraum das Jahr 1994 vor. Dieser „Endzeitpunkt“ stellt allerdings im Hinblick auf die Alterssicherungspolitik sowohl

formal als auch inhaltlich keine sinnvolle Zäsur dar: Erst mit der Bundestagswahl 1998 endete die „Ära Kohl“, und in den Jahren 1994 bis 1998 (der 13. Legislaturperiode) wurden Weichen in der Alterssicherungspolitik gestellt, die schließlich in den grundlegenden „Paradigmenwechsel“ mündeten, der mit den Reformgesetzen des Jahre 2001 („Riester-Reform“) eingeleitet wurde.

Ein Schwerpunkt des Projekts sind die Auseinandersetzungen über das Ende 1997 beschlossene „Rentenreformgesetz 1999“, die den gesamten Untersuchungszeitraum durchzog. Die Verabschiedung dieses Gesetzes erfolgte nicht – wie bei früheren wichtigen Reformvorhaben in der Alterssicherung üblich – im Konsens der großen Volksparteien, was auf die Brisanz der getroffenen Entscheidungen hindeutet.

Die Entscheidungsprozesse und die maßgebenden Akteure in dieser für die weitere Entwicklung der Alterssicherung so bedeutsamen Phase

sind bislang kaum erhellt. Ihre Analyse anhand von Archivrecherchen, Experteninterviews und Presseauswertungen ist eines der zentralen Anliegen des Projekts. Daneben werden – wie in den früheren Zeitperioden auch – weitere für die Alterssicherung relevante Problemlagen und Entscheidungsprozesse dokumentiert, die in diesem Zeitabschnitt beispielsweise Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (Stichwort „Scheinselbständigkeit“) betreffen sowie Diskussionen über die Frühverrentung oder nach wie vor bestehende Konflikte im Zusammenhang mit der Rentenüberleitung in den neuen Bundesländern.

### Kontakt

Angelika Oelschläger  
Telefon: 0421/218-4379  
a.oelschlaeger@zes.uni-bremen.de

## PERSONALIA

### Neue Mitarbeiter/innen

Seit Januar 2007 arbeitet *Stephan Köppe* in der Abteilung "Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates"; sein thematischer Schwerpunkt sind vor allem Wohlfahrtsmärkte – eine Thematik, mit der sich auch die Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ beschäftigt, in der *Stephan Köppe* zuvor bereits als studentischer Mitarbeiter beschäftigt war. Weitere Schwerpunkte sind Rentenpolitik, Geschlechterpolitik und skandinavische Sozialpolitik. Erste Forschungsergebnisse wurden Anfang Juli in Göttingen auf der Tagung „Reform der Sozialpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und transnationaler Konvergenz“ der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Sozialpolitik vorgestellt.

Zum Juni 2006 hat *Dipl.-Pflegerin Claudia Stolle* die Arbeit in dem Projekt „Verbesserung der Effektivität und Effizienz der ambulanten häuslichen Pflege durch das Resident

Assessment Instrument (RAI-Home Care 2.0)“ die Arbeit als Research Nurse aufgenommen. In diesem Projekt arbeitet bereits seit Mai auch PHD *Lorraine Frisina* als wiss. Mitarbeiterin. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert; Projektleiter ist *Heinz Rothgang* (s. auch *Bericht auf Seite 21*).

Im Sekretariat der Abteilung „Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung“, Arbeitsbereich Versorgungsforschung hat im September 2007 *Barbara Einig* die Arbeit aufgenommen.

Auch der Bereich EDV/Statistik/Informationstechnologie hat Verstärkung bekommen: *Claudia Böllersen*, die bereits das IT-Team im Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597) unterstützt, wird diese Aufgaben zukünftig auch im ZeS wahrnehmen.

### Wechsel

*Udo Ehrmann* arbeitet seit Juli 2007 in der Arbeits- und Koordinierungsstelle Gesundheitsversorgungsforschung im Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der Freien und Hansestadt Bremen e.V. (VFwF e.V.). Er setzt dort seine Arbeiten des bereits am ZeS begonnenen Projekts zur Patienteninformation „Männergesundheit und Prostatakrebs“ fort. ([www.akg.uni-bremen.de](http://www.akg.uni-bremen.de))

### Rufe

*PD Dr. Ellen Kuhlmann* hat einen Ruf an die Universität Bath, Department of Social and Policy Sciences, GB, angenommen und hat das ZeS zum September 2007 verlassen.

*PD. Dr. Uwe Fachinger* hat einen Ruf als Univers.-Prof. für „Ökonomie und demographischer Wandel“ am Institut für Gerontologie an der Universität Vechta angenommen und hat das ZeS zum Juni 2007 verlassen.

## Promotionen

*Dipl. Ök. Jörg Sommer*, ehemals Mitarbeiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ZeS, hat im Juli sein Promotionsverfahren mit dem Kolloquium erfolgreich abgeschlossen; Thema der Dissertation: „Das Politikfeld Alterssicherung im europäischen Mehrebenensystem – Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten der Europäischen Kommission bei der ‚Europäisierung‘ der Alterssicherung in der historischen Entwicklung“. Die Arbeit wird Ende des Jahres im LIT-Verlag in der Schriftenreihe „Beiträge zur Sozial- und Verteilungspolitik“ erscheinen.

*Dipl. Soz. Tanja Klenk* hat im Juli 2007 ihr Promotionsverfahren ebenfalls erfolgreich abgeschlossen; Thema der Dissertation: „Innovation und Kontinuität: Die Organisationsreform in der Gesetzlichen Krankenversicherung“. Die Arbeit wurde von Frank Nullmeier betreut. Sie wird im VS-Verlag erscheinen.

Auch *Dipl. Pol. Marion Linke Sonderegger*, ehemals Mitarbeiterin der Abteilung „Geschlechterpolitik“, hat ihr Promotionsverfahren abgeschlossen; Thema der Dissertation: „Aktivierende Arbeitsmarktpolitik als neue Herausforderung an staatliches Handeln? Zur Arbeitsmarktintegration der gering Qualifizierten in Dänemark“. Die Arbeit wurde von Karin Gottschall betreut.

Ebenfalls von Karin Gottschall – und Frank Nullmeier – wurde die Arbeit von *Dipl. Soz. Christiane Schnell* betreut. „Regulierung der Kulturberufe in Deutschland. Strukturen, Akteure, Strategien“ war das Thema der Dissertation; das abschließende Kolloquium fand im Oktober 2006 statt. Die Arbeit ist 2007 im Deutschen Universitätsverlag, Wiesbaden, erschienen.

## Habilitation

Im Januar 2007 hat *Dr. Ellen Kuhlmann* das Habilitationsverfahren erfolgreich abgeschlossen. Die Arbeit wurde von Karin Gottschall und Gerd Glaeske, ZeS, sowie Mike Saks, Universität Lincoln, UK, betreut. Die Arbeit zum Thema „Modernizing Health Care. Reinventing Professions, the State and the Public“ ist bereits bei Policy Press, Bristol erschienen.

## Gastwissenschaftler/innen

Von September bis Dezember 2007 ist *Clémence Ledoux*, Universität Paris im Zentrum für Sozialpolitik zu Gast. Frau Ledoux beschäftigt sich mit vergleichender Forschung über das Verhältnis von staatlicher Sozialpolitik und Privatisierung zum Themenbereich Gender und Ungleichheit am Arbeitsmarkt, speziell im Pflegebereich; Vergleichsländer sind Deutschland und Frankreich.

### Kontakt

Clémence Ledoux  
Telefon: 0421/218-4061

Im Juli 2007 war *Prof. Dr. Marek Szczepanski*, Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Poznan, in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik zu Gast. Mit Prof. Dr. Winfried Schmähl und Dr. Angelika Oelschläger wurden Fragen der betrieblichen Alterssicherung sowohl im internationalen Vergleich als auch im Hinblick auf den Einfluss der EU behandelt. Vom 15.12.2007 bis 13.01.2008 wird Marek Szczepanski erneut an das ZeS kommen, um die Arbeiten fortzusetzen. Der Aufenthalt wird von Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) unterstützt.

### Kontakt

Angelika Oelschläger  
Telefon: 0421/218-4379  
oe@zes.uni-bremen.de

## ZeS-Mitglieder im Akademischen Senat der Universität Bremen

*Regine Metzentin* ist für die Gruppe der Sonstigen Mitarbeiter/innen als Mitglied in den Akademischen Senat der Universität Bremen gewählt worden. Heinz Rothgang und Karin Gottschall wurden als Vertreter/in bzw. Nachrücker/in für die Gruppe der Professoren in den Akademischen Senat gewählt.

*Ted Marmor*, Professor für Public Policy & Management and Political Science an der Yale University (USA), folgte unserer Einladung und sprach am 4. Oktober 2007 zum Thema „Gesundheitspolitik in den Vereinigten Staaten“ am ZeS. Marmor gab einen kurzen Abriss der Geschichte des amerikanischen Gesundheitssystems und diskutierte dann die verschiedenen Reformvorschläge, die momentan von den Demokraten im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes beraten werden. Im Weiteren ging er auf sein kürzlich erschienen Buch „Fads, Fallacies and Foolishness in Medical Care Management and Policy“ (Imperial College Press, 2007) sowie auf seine Kritik des Films „Sicko“ von Michael Moore (Marmor et al., forthcoming 2007 in the American Journal of Bioethics) ein.

### Kontakt

Frank Nullmeier  
Telefon: 0421/218-4051  
frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

## Auszeichnungen

Der Österreichische Nationalrat hat u. a. *Prof. Dr. Herbert Obinger*, ZeS, und Prof. Dr. Emmerich Talos, Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien, den Lupac-Wissenschaftspreis für 2007 für das Buch „Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ Koalition“ verliehen. (s. ausführlich auch S. 27)

*Prof. Dr. Gerd Glaeske* wurde als Mitglied in den Wissenschaftlichen Beirat zur Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs beim Bundesversicherungsamt berufen.

*Dipl. Ök. Rolf Lühning*, ebenfalls ehemaliger Mitarbeiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ZeS, hat für seine Dissertation zum Thema „Entwicklung des Leistungsrechts der gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland seit der großen Rentenreform von 1957“ den Forschungspreis des Forschungsnetzwerks Alterssicherung (FNA) bekommen. Die Preisverleihung ist für den 6. Dezember 2007 in Berlin im Rahmen der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund geplant.

## Stand und Zukunft der Vergleichenden Politikwissenschaft

Tagung der Sektion Vergleichende Politikwissenschaft  
für das Panel „Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung“  
am 9.-11. November 2007 in Delmenhorst

Die jüngste Debatte in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung ist durch Kontroversen geprägt, die sich maßgeblich durch verschiedene kategoriale bzw. methodische Zugänge ergeben. Zu nennen ist hier einerseits die mit dem Erscheinen von Esping-Andersens „Three Worlds of Welfare Capitalism“ begonnene Diskussion um die Definition und Charakterisierung verschiedener Wohlfahrtsstaatstypen und der Zuordnung realer Länder zu diesen Typen. Als ungelöstes Problem kann in diesem Zusammenhang bislang die Einordnung der osteuropäischen Transformationsländer betrachtet werden. Zum anderen erweisen sich Wohlfahrtsstaaten im Zuge tiefgreifender Reformen als moving targets, was eine vergleichende Analyse zusätzlich erschwert. Spätestens seit dem Erscheinen der Pionierarbeiten von Paul Pierson zum „Welfare State Retrenchment“ wird kontrovers diskutiert, ob derzeit ein Rückbau, eine Stagnation oder ein Umbau des Wohlfahrtsstaates stattfindet.

Die divergenten Befunde erklären sich weitgehend über die Definition

der „abhängigen Variable“, d. h. ob die Höhe der Wohlfahrtsstaatsausgaben oder die Höhe wohlfahrtsstaatlicher Leistungen betrachtet werden. Darüber hinaus kommen qualitativ angelegte Studien, welche Indikatoren wie den Wandel von Werten und Normen bzw. von institutionellen Settings analysieren, tendenziell eher zum Befund des Umbaus von Wohlfahrtsstaaten. Die entsprechenden Ergebnisse variieren dabei jedoch mit der Auswahl der Länder und Politikfelder. Mit diesen Kontroversen einher geht die „Entdeckung“ neuer Erklärungsansätze, die als diskursive Wende bzw. als ideational turn bezeichnet wird und auf Erklärungen für Reformen bzw. Reformfähigkeit jenseits von Institutionen und Machtressourcen Bezug nimmt.

Im Rahmen der geplanten Konferenz der Sektion der vergleichenden Politikwissenschaft sollen die soweit skizzierten Diskussionsstränge in den Mittelpunkt eines Panels gestellt werden. Ziel ist es, am Beispiel sozialpolitischer Reformprogramme wie der Privatisierung sozialer Dienstleistungen

oder (Arbeitsmarkt-)Aktivierung, den Wandel von Wohlfahrtsstaaten zu fokussieren und die Kategorien des Vergleichs und der Typenbildung entsprechend zu erweitern. Dabei sind auch Beiträge zur Analyse osteuropäischer Transformationsländer geplant. Im Mittelpunkt stehen die Diskussion um die „abhängige“ Variable in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung sowie neue theoretische Erklärungen wohlfahrtsstaatlichen Wandels.

### Kontakt

Irene Dingeldey  
Telefon: 0421/ 218-9557  
i.dingeldey@zes.uni-bremen.de

Annette Henninger  
Telefon: 0911/179-5664  
Annette.Henninger@iab.de

## Gesundheitssicherung neu denken? Das Spannungsfeld zwischen Subjekt und strukturellen Rahmenbedingungen

Fachtagung des Promotionskollegs „NutzerInnenorientierte Gesundheitssicherung“  
am 9./10. November 2007 in Bremen

Im Mittelpunkt der bereits 2. Fachtagung des Bremer Promotionskollegs „NutzerInnenorientierte Gesundheitssicherung“ stehen folgende Fragen:

- Was verstehen die Beteiligten unter dem Gesundheitssicherungsbegriff und welche Bedeutung messen sie ihm bei?
- Wer ist an Gesundheitssicherung beteiligt? Welche Akteure sind involviert?
- Wie wird Gesundheitssicherung umgesetzt? Gibt es Ansatzpunkte für die Zukunft?

In drei Themensektionen

- Sektion 1 - Versorgungsstrukturen und Akteure
- Sektion 2 - Arbeit und Gesundheit
- Sektion 3 - Frauen und Gesundheit

werden diese Fragen mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Praxis diskutiert:

Das Promotionskolleg „NutzerInnenorientierte Gesundheitssicherung“ wird seit Anfang 2006 von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt. Es ist eingebunden in die gesundheitswissenschaftliche Forschung des Instituts für Public Health und Pflegeforschung (IPP), des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS) und des Instituts für Psychologie der Arbeit, Arbeitslosigkeit und Gesundheit (IPG). Es wird z. Z. von Prof. Dr. Petra Kolip, Direktorin des IPP im Fachbereich Human- und Gesundheitswissenschaften (FB 11), Universität Bremen, geleitet.

### Kontakt

Anke Stück  
www.promotionskolleg-fb11.uni-bremen.de

## Gesundheitspolitisches Kolloquium

### Sozialstaat – bei Bedarf geschlossen? Generationengerechtigkeit in der Kranken- und Pflegeversicherung

Wintersemester 2007/08, jeweils mittwochs 20.00 Uhr

Die Bevölkerungsstruktur ändert sich in Deutschland unübersehbar, die Lebenserwartung steigt, auch absolut werden mehr ältere Menschen in Deutschland leben – im Jahre 2030 sind fast ein Drittel der deutschen Bevölkerung älter als 65 Jahre, heute sind es knapp 20%. Damit ist auch das Gesundheitssystem mit neuen Herausforderungen konfrontiert: Die Anzahl von Menschen mit chronischen Krankheiten und Pflegebedürftigkeit wird ansteigen, die notwendigen Veränderungen sowohl im Hinblick auf die medizinische und pflegerische Versorgung als auch im Hinblick auf deren Finanzierung müssen schon heute beschlossen und eingeleitet werden. Der vorsorgende Sozialstaat wird daher mehr und mehr Bedeutung insbesondere für die älteren und ärmeren Menschen bekommen, das Vertrauen in ein sozial, solidarisch und gerecht aufgebautes Versorgungssystem darf

keinen Schaden erleiden. Es geht um die Organisation von Generationengerechtigkeit und um die Aufgaben der Gesundheitsberufe in diesem System – kurative Versorgung, Rehabilitation, Pflege und Prävention lassen sich im Alter weder zeitlich, räumlich, rechtlich noch finanziell sinnvoll trennen.

Diese Aspekte sind Thema des Gesundheitspolitischen Kolloquiums im Wintersemester 2007/2008. Als Referentinnen und Referenten wurden namhafte Experten aus der Medizin, Pflege, Kranken- und Pflegeversicherung, aus Politik, Wissenschaften und Patientenvertretung eingeladen, die das Leitthema aus ihrer Sicht vorstellen werden.

**Der Vortragszyklus wird mit Referaten von Prof. Dr. Heinz Rothgang am 21.11.07 und Prof. Dr. Gerd Glaeske am 05.12.07 beginnen.**

Alle anderen Termine werden in Kürze bekannt gegeben und auf der Homepage des ZeS ([www.zes.uni-bremen.de](http://www.zes.uni-bremen.de)) eingestellt.

#### Kontakt

Gerd Glaeske  
Telefon: 0421/218-4401; -4378  
[gklaeske@zes.uni-bremen.de](mailto:gklaeske@zes.uni-bremen.de)

Heinz Rothgang  
Telefon: 0421/218-4132; -4364  
[rothgang@zes.uni-bremen.de](mailto:rothgang@zes.uni-bremen.de)

## Jour-fixe Reihe

### Sozialpolitisches Kolloquium

Wintersemester 2007/08, jeweils mittwochs 15.15 Uhr



- 05.12.2007 Stephan Köppe, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik  
**Wohlfahrtsmärkte und regulative Sozialpolitik im Vergleich. Deutschland, Schweden und die USA**
- 16.01.2008 Dr. Bernard Braun, Dr. Tanja Klenk, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik  
**Reform der Selbstverwaltung und Sozialversicherungswahlen**
- 06.02.2008 Dr. Sigrid Betzelt, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik  
**HARTZ IV in Geschlechterperspektive. Programmatik und potentielle Wirkungen**

#### Ort

Barkhof,  
Parkallee 39  
28209 Bremen  
2. OG., Raum 3260

#### Kontakt

Zentrum für Sozialpolitik  
Geschäftsstelle  
Telefon: 0421/218-4362  
[rosose@zes.uni-bremen.de](mailto:rosose@zes.uni-bremen.de)

# Neuerscheinungen

**Hien, Wolfgang; Spalek, Rolf; Jousen, Ralph; von Schilling, Renate; Helmert, Uwe, 2007:** *Ein neuer Anfang wars am Ende nicht. Zehn Jahre Vulkan-Pleite: Was ist aus den Menschen geworden?* Hamburg: VSA-Verlag.

*Neue Vulkan-Studie: 10 Jahre nach der Werftschließung: Was ist aus den Menschen geworden?*

Es war ein großer Schock für Bremen und insbesondere für die arbeitende Bevölkerung in Bremen Nord, als die letzte Großwerft Bremens, der Bremer Vulkan, 1996 in Konkurs ging und alle Rettungsversuche fehlschlügen. Die Werft schloss 1997 für immer ihre Tore. Die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik taten alles, um die „Ära Vulkan“ schnell vergessen zu machen. Zurück blieben 2.500 Arbeiter und Angestellte, die in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden. Viele von ihnen waren krank – durch Asbest, Schweiß- und Brennauche und harte körperliche Arbeit. Auf Initiative und unterstützt von ehemaligen Betriebsräten, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung und getragen von einem Beirat unter Leitung des kirchennahen Vereins Arbeit und Zukunft, führten wir 1999/2000 eine Befragung der ehemaligen Vulkanesen durch (die leider vergriffene Veröffentlichung: Hien u.a.: *Am Ende ein neuer Anfang? Arbeit, Gesundheit und Leben der Werftarbeiter des Bremer Vulkan*. VSA-Verlag Hamburg 2002). 10 Jahre nach der Werftschließung war es an der Zeit, erneut zu fragen, was aus den ehemaligen Werftarbeitern des Bremer Vulkan geworden ist. In Kooperation mit dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen, der BKK Firmus (Bremen) und dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen und finanziell gefördert durch die Bremer Stiftung „Die Schwelle“ führten wir dieses Folgeprojekt durch. Die Trägerschaft hat der Verein Arbeit und Zukunft übernommen. Wir wollten wissen, wie geht es den ehemaligen Vulkanesen heute hinsichtlich Arbeit, Gesundheit und Leben insgesamt. Im Dezember 2006 wurden alle noch lebenden bei der früheren Vulkan-Betriebskrankenkasse (Vulkan-BKK) Versicherten angeschrieben. Neben

der schriftlichen Befragung wurden 35 offene Interviews durchgeführt. Mit Hilfe dieses Projekts wurde die einmalige Chance genutzt, dem Schicksal einer früheren Belegschaft und deren sozialen und gesundheitlichen Situation – noch 10 Jahre nach dem kollektiven Arbeitsplatzverlust - weiter nachgehen zu können.

Nun liegen die Ergebnisse vor. Es zeigt sich, dass weiterhin vor allem die Altersgruppe der 50-59-Jährigen die Leidtragenden des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft sind. Bei vielen von ihnen zeigen sich ernsthafte Krankheitssymptome. Sie sind die Folge eines langjährigen Gesundheitsverschleißes bei Vulkan und den kleineren Werften des Bremer Raumes, in denen viele nach der Vulkan-Pleite, oftmals als Leiharbeiter, unterkamen. Die ehemaligen Vulkanesen unterwerfen sich einer extremen Arbeitsorientierung, die auf Gesundheit wenig Rücksicht nimmt. Nach dem 50. Lebensjahr häufen sich die gesundheitlichen Probleme, die sich nicht nur in körperlichen, sondern auch in psychischen Erkrankungen äußern. Für viele beginnt dann ein langer und teilweise entwürdigender Leidensweg durch die Institutionen. Langzeitarbeitslosigkeit, Krankheit und Frührente sind die Stichworte. In der Studie werden verschiedene Erlebnis- und Bewältigungsweisen zwischen Arbeitsorientierung und Depression herausgearbeitet. Zur Sprache kommen auch die Ehefrauen, die Situation in der Partnerschaft und Fragen der sozialen Eingebundenheit. Die vielen Originalzitate aus den Interviews machen die Arbeits- und Lebenssituation der ehemaligen Vulkan-Beschäftigten in einer Weise lebendig, wie sie selten in der sozial- und gesundheitswissenschaftlichen Forschung zu finden ist. Hier zeigt sich der hohe Wert einer sorgfältig überlegten und reflektierten qualitativen Methodik. Die vorliegende Studie trägt somit nicht nur zu Erinnerung an ein industriegeschichtlich bedeutsames Ereignis bei, sondern auch zum methodischen Fortschritt der sozial- und gesundheitswissenschaftlichen Forschung.

**Lühning, Rolf, 2006:** *Entwicklung des Leistungsrechts der gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland seit der großen Rentenreform von 1957 (1957-2004)*. Berlin: LIT-Verlag (s. auch Personalia S. 23).

**Rothgang, Heinz; Höppner, Karin; Borchert, Lars; Becker, Roland; Glaeske, Gerd, 2007:** *Differenzierung privater Krankenversicherungstarife nach Geschlecht. Bestandsaufnahme, Probleme, Optionen. Gesundheitsökonomische Beiträge 51*. Baden-Baden: Nomos.

**Voges, Wolfgang, 2007:** *Soziologie des höheren Lebensalters. Ein Studienbuch zur Gerontologie*. Augsburg: Maro Verlag.

---

## Neues Modul „Meilensteine der Gesundheitspolitik 1836-2007“ im Forum Gesundheitspolitik

Auf der von Bernard Braun und Gerd Marstedt bearbeiteten Website ([www.forum-gesundheitspolitik.de](http://www.forum-gesundheitspolitik.de)) soll das Modul „Meilensteine der Gesundheitspolitik 1836-2007“ vor allem Studierenden und auch jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie hauptamtlichen Kassen- und Verbändeakteuren einen Einblick in die Entwicklung des deutschen Gesundheitssystems ermöglichen.

In den anderen Modulen der Website werden wissenschaftliche Analysen über Leistungen und Entwicklungen des aktuellen Gesundheitssystems dokumentiert.

Sachkundige Hinweise nehmen die Autoren gerne entgegen.

---

### Kontakt

Bernard Braun  
Telefon: 0421/218-4359  
[bbraun@zes.uni-bremen.de](mailto:bbraun@zes.uni-bremen.de)

Gerd Marstedt  
[gm@nord-com.net](mailto:gm@nord-com.net)

## Preis des österreichischen Parlaments für Bremer Politikwissenschaftler



Der mit 15.000 Euro dotierte Lupac-Wissenschaftspreis des österreichischen Nationalrates (vergleichbar dem Deutschen Bundestag) geht unter anderem an den Bremer Uni-Professor Herbert Obinger (Zentrum für Sozialpolitik und Sonderforschungs-

bereich 597 „Staatlichkeit“) sowie seinen Wiener Kollegen Emmerich Talos. Beide sind Autoren des 2006 im Wiesbadener Verlag für Sozialwissenschaften erschienenen Buches „Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition“. Eine hochrangig besetzte Fachjury befand dieses Buch als beste Arbeit zum Thema Entwicklungen im politischen System Österreichs.

In diesem Buch weisen die beiden Autoren nach, dass die zwischen 2000 und 2007 regierende konservative Koalition unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die politische Landschaft Österreichs einschneidend verändert hat. Sowohl in program-matischer Hinsicht als auch mit Blick auf die Entscheidungsprozesse und die beschlossenen Reformen führte dieser Regierungswechsel zu einem markanten Bruch mit den für die Nachkriegszeit üblichen Politik- und Entscheidungsmustern in der österreichischen Sozialpolitik.

Die Fachjury hob in ihrer Entscheidung vor allem lobend hervor, dass die beiden Autoren diesen politischen Wandel nicht nur beschreiben, sondern auch auf theoretischer Grundlage erklären. Das Kuratorium der Margaretha Lupac-Stiftung unter der Leitung der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer schloss sich denn auch einstimmig dem Votum der Jury an.

**Obinger, Herbert; Talos, Emmerich, 2006:** Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Bilanz der ÖVP/ FPÖ/ BZÖ-Koalition. Wiesbaden: VS Verlag.

Herbert Obinger  
Telefon: 0421/218-4369  
hobinger@zes.uni-bremen.de

## Zeitschrift für Sozialreform Journal of Social Policy Research

Das Heft 3/2007 ist im Juni erschienen und enthält folgende Abhandlungen:

- **Andreas Langer**  
Dienstleistungsstrukturen in der Sozialen Arbeit zwischen Verwaltungsreform und Professionalisierung
- **Stephan Grohs**  
Reform der Jugendhilfe zwischen Neuer Steuerung und Professionalisierung. Eine Bilanz nach 15 Jahren Modernisierungsdiskurs
- **Christof Beckmann, Hans-Uwe Otto, Andreas Schaarschuch, Mark Schrödter**  
Qualitätsmanagement und Professionalisierung in der Sozialen Arbeit. Ergebnisse einer Studie zu organisationalen Bedingungen ermächtigender Formalisierung
- **Klaus Armingeon**  
Kleinststaaten in Weltmärkten. Drei Ergänzungen der Katzenstein-These
- **Ilona Ostner**  
„Grenzgänger, Bücherwürmer und sozial(politisch) engagierte citoyens“. Zum Werdegang und Werk von Christoph Sachße und Florian Tennstedt. Laudationes auf der Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik in der DGS

Die ZSR wird seit dem 1. Januar 2006 vom Verlag Lucius & Lucius verlegt, ihr redaktioneller Sitz ist am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen.

### Kontakt

Tanja Klenk  
Telefon: 0421/218-4370  
tklenk@zes.uni-bremen.de

### Jahresbericht 2006

Mit dem Jahresbericht 2006 präsentiert das Zentrum für Sozialpolitik erneut eine umfangreiche Übersicht über Projekte, Veröffentlichungen, Lehrveranstaltungen, Vorträge, Tagungen, Personalien, Gäste und vieles andere mehr.

Interessenten können den Bericht in der Geschäftsstelle des Zentrums für Sozialpolitik, Barkhof, Parkallee 39, 28209 Bremen (eMail: [rosose@zes.uni-bremen.de](mailto:rosose@zes.uni-bremen.de)) anfordern oder auf der Homepage des ZeS ([www.zes.uni-bremen.de](http://www.zes.uni-bremen.de)) einsehen.

**Zentrum für Sozialpolitik, 2006:**  
*Jahresbericht 2006.* Bremen: Universität Bremen.

The logo for Zes (Zentrum für Sozialpolitik) features the letters 'Zes' in a stylized, bold, black font. The 'Z' and 'e' are connected, and the 's' is a simple, curved stroke. A horizontal red line is positioned directly below the letters.

Zentrum für  
Sozialpolitik

## Arbeitspapiere des Zentrums für Sozialpolitik 2007

- |                    |  |   |
|--------------------|--|---|
| <b>Nr. 6/2007</b>  | <b>Shire, Karen;<br/>Gottschall, Karin</b> | Understanding Employment Systems from a Gender Perspective – Pitfalls and Potentials of New Comparative Analytical Frameworks             |
| <b>Nr. 7/2007</b>  | <b>Schmähl, Winfried</b>                   | Entgeltumwandlung auf die Finanzen der Sozialversicherung – ein Problemaufriss  |
| <b>Nr. 8/2007</b>  | <b>Knappe, Eckhard</b>                     | Gesundheitsreformen im Konflikt zwischen nachhaltiger Finanzierung, Effizienz und sozialem Ausgleich                                      |
| <b>Nr. 9/2007</b>  | <b>Schmähl, Winfried</b>                   | Soziale Sicherung im Lebenslauf – Finanzielle Aspekte in längerfristiger Perspektive am Beispiel der Alterssicherung in Deutschland       |
| <b>Nr. 10/2007</b> | <b>Nonhoff, Martin</b>                     | Die ökonomische Bedrohung politischer Selbstbestimmung. Zum Verhältnis von Demokratie und Wohlfahrtsstaat                                 |
| <b>Nr. 11/2007</b> | <b>Oelschläger,<br/>Angelika</b>           | Abgabenrechtliche Behandlung der arbeitnehmerfinanzierten betrieblichen Alterssicherung und daraus folgende verteilungspolitische Effekte |
| <b>Nr. 12/2007</b> | <b>Betzelt, Sigrid</b>                     | Gender Regimes: Ein ertragreiches Konzept für die komparative Forschung – Literaturstudie   |

---

*Die Arbeitspapiere sind in der Geschäftsstelle  
des Zentrums für Sozialpolitik erhältlich:*

Zentrum für Sozialpolitik  
Universität Bremen  
Parkallee 39  
28209 Bremen  
Tel. 0421-218 4362  
Fax: 0421-218 7540  
srose@zes.uni-bremen.de

*Im internet abrufbar: [www.zes.uni-bremen.de](http://www.zes.uni-bremen.de)*